Senioren-Union der CDU Deutschlands · 14. Jahrgang · Nr. 4 · November 2015

DAS MAGAZIN FÜR MUT ZUR ZUKUNFT

Senioren Union

souverän

25 Jahre Deutsche Einheit

Sich zu vereinen heißt teilen lernen.

Richard von Weizsäcker

Wenn wir jetzt die historische Chance haben, die Wiedervereinigung zu erreichen, dann sollten wir nicht nur über die damit verbundenen Kosten reden.

Dr. Karl Otto Pöhl

„Deutsche in Ost und West haben in den 40 Jahren des geteilten Deutschlands unterschiedlichste Lebenserfahrungen gemacht. Deshalb verdient die großartige menschliche Leistung der Ostdeutschen besonderen Respekt und Bewunderung."

Helmut Kohl

Auf den Tag der staatlichen Einheit waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Die Schubläden für den „Tag X" waren leer.

Eberhard Diepgen

Abgeschlossen ist der Prozess des Zusammenwachsens erst, wenn wir nicht mehr wissen, wer die neuen und wer die alten Bundesbürger sind.

Willy Brandt

Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.

Gerhard Schröder, 1989

ORANGE COUNCIL

Wenn Menschen nicht mehr zwischen Marken wählen können, wen wählen sie dann?

Marken dienen nicht nur der Wirtschaft. In einer freien, marktwirtschaftlichen Gesellschaft stellen sie ein wichtiges Differenzierungs- und Orientierungsmerkmal für die Menschen dar. Das gilt übrigens auch für Parteien. Wer nicht mehr kommunizieren und seinen Markenkern erklären darf oder sogar zur Einheitsgestaltung seines Produktes wie beim Plain Packaging für Zigarettenpackungen genötigt ist, wird komplett austauschbar. Zufall tritt an die Stelle von Entscheidungsfreiheit für Verbraucher. Ein gefährlicher Weg – denn sind diese nicht auch Wähler? **www.zigarettenverband.de**

DZV
DEUTSCHER ZIGARETTENVERBAND

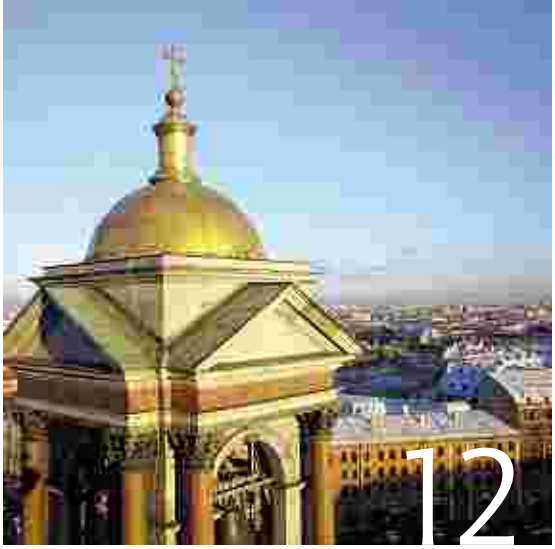
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde und Freunde,

Recht hat sie, die Bundeskanzlerin, wenn sie unmissverständlich darauf hinweist, dass sie sich für ihre Hilfe zu Gunsten der Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten nicht zu entschuldigen brauche. Ich komme ins Grübeln, wenn ich die forschen und apostrophiert gestellten Forderungen nach sofortiger Schließung der Grenzen höre. Gern möchte ich von manchen selbstbewussten Protagonisten der reinen Lehre einmal wissen, wie sie sich im Spiegel betrachten, wenn sie im Fernsehen die millionenfach gesendeten Bilder von hungernden und frierenden Kindern mit ihren Müttern im Morast hinter dem Zaun vor Augen haben, die erwartungsvoll durch die Maschen zu uns herüberschauen. Kann man unser Wertesystem, Menschen in Not zu helfen, so einfach ausblenden?
Als Angehöriger einer Generation, die in unglückseliger Zeit unseres Vaterlandes mit eigenen Augen schon einmal das Elend und die Not von deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen erfahren musste, die heimatlos, hungernd und frierend und zerlumpt in einem zerrissenen Deutschland auf den Straßen herumirrten und einem ungewissen Schicksal ausgeliefert waren, unterstütze ich das Bekenntnis von Angela Merkel uneingeschränkt. Und seinerzeit waren die Möglichkeiten zur Hilfe nicht im Entferntesten mit denen der Gesellschaft von heute vergleichbar, und das bei 14 Millionen Flüchtlingen, die in einer völlig zerstörten Umwelt ihres Zufluchtslandes eine Bleibe und nach Arbeit und Brot suchten. Nachdenken ist angesagt, es weckt Verantwortung und erinnert an eine große historische Leistung der älteren Generation. Ich bin stolz auf mein Land und meine Landsleute, die sich damals wie heute ehrenvoll und mit großer Hingabe um Hilfe bemühen und sich als die wahren Patrioten zeigen, die ihrem Vaterland Ehre erweisen. Wer arme, hilfsbedürftige und hilfesuchende Menschen verhöhnt, sie beschimpft, Hass gegen sie sät, nur weil sie aus einem anderen Land kommen, ist kein abendländischer Patriot, sondern ein abendländischer Strolch, der in die Schranken gewiesen werden muss.
Es erfüllt mich aber auch mit Scham, wenn ich als überzeugter Europäer in der Tradition von Adenauer-Schuman-de Gaspert erleben muss, wie sich andere europäische Staaten, die sich einer Werteordnung in der Tradition der Kultur der Aufklärung sowie den Forderungen der französischen Revolution, in Sonderheit den Geboten der christlichen Religion verschrieben haben, Flüchtlinge an ihren Grenzen kalt abweisen oder an den Nachbarsgrenzen ihrer Länder einfach wie Baumstämme abladen, ohne sich weiter um ihr Schicksal zu kümmern. Wenn sich die Werteordnung Europas definiert nach der Vergabe von milliardenschweren Subventionsgeldern aus prall gefüllter Euro-Kasse in Brüssel, dann sollten wir von der Einheit Europas und seiner Werteordnung besser nicht mehr schwadronieren, sondern den Mund halten, alles andere wäre Heuchelei und unerträglich!
Wenn in Europa nationaler Egoismus die Oberhand gewinnt und jeder nur an sich selbst denkt, dann werden uns die Fetzen seiner Einheit um die Ohren fliegen. Mit Verlaub, ich kann es mir nicht verkneifen, allein einige Länder in der EU sollten einmal mehr darüber nachdenken, dass ihre Mitgliedschaft in einem funktionierenden Europa nicht nur mit jährlich beglückenden Subventionsmilliarden zu tun hat, sondern auch mit Pflichten verbunden ist. Dieser bescheidene Hinweis hat mit Drohung nichts zu tun. Doch angesichts so mancher nationaler Vogel-Strauß-Politik außerhalb von Deutschlands Grenzen sollte mir auch als Deutscher erlaubt sein, meine Gedanken öffentlich zu äußern. Honi soit, qui mal y pense!

Trotz dieser unerfreulichen Erfahrungen und aller bedrückenden Bilder muss aber auch der Tatsache Rechnung getragen werden, und zwar europaweit, dass Deutschland und nur einige wenige weitere Länder in Europa das Flüchtlingsproblem allein nicht bewältigen können, unabhängig davon, dass diese Länder zusätzlich überfordert wären, wenn eine Vielzahl der jungen Männer unter den Flüchtlingen angibt, möglichst bald Frauen und Kinder sowie weitere nahe Verwandte nachholen zu wollen. Man mag diesen Wunsch verstehen oder nicht, die Erfahrung lehrt, dass von einem Brot, das für unendlich viele Mäuler in unendlich viele Scheiben geschnitten werden muss, zum Schluss niemand mehr satt wird, selbst die eingeschlossen, die es gebacken haben.
Doch bei allen vorbildlichen Bemühungen und gutem Willen, letztlich wird das ungeheure Flüchtlingsproblem nur zu lösen sein, wenn seine Ursachen wirksam bekämpft werden. Und die liegen nun einmal in den Bürgerkriegen in Syrien, im Irak und in Afghanistan. Eine europäische Initiative allein wird zur Lösung mit Sicherheit nicht reichen. Neben den USA müssen vordringlich Russland und auch die Türkei zur Lösung ins Boot geholt werden. Wer hingegen meint, sich dabei die hilfreichen Partner noch selbst aussuchen zu können, hat von den Realitäten der Außenpolitik keine Ahnung und ist auf dem Holzweg. Die geschundenen Menschen in den Kriegsgebieten können jedenfalls nicht mehr länger warten und im übrigen wir auch nicht!
Bei diesen unermesslich großen Herausforderungen, denen wir ausgesetzt sind und die noch lösbar erscheinen, müssen wir wissen, dass sich mit der Zuwanderung auch enorme gesellschaftspolitische Veränderungen in unserem Land ergeben, die uns noch ein gerüttelt‘ Maß an Schwierigkeiten bereiten können, wenn nicht rechtzeitig den Zuwanderern klargemacht wird, dass sie dem Gastland gegenüber, das ihnen Freiheit, Sicherheit und Fürsorge zusichert, auch eine nicht zu umgehende Bringschuld haben. Der Großteil der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, ist muslimischen Glaubens. Sie treffen auf eine einheimische Bevölkerung, die in ihrer übergroßen Mehrheit ihrer Religion nicht angehört. Die Europäer und wir, die Deutschen, wurden eindeutig und unbestritten geprägt von den Ideen der Aufklärung, den Forderungen der französischen Revolution und von der christlichen Kultur. Diese Grundpfeiler unserer europäischen Gesellschaftsordnung garantieren gleiche Rechte für Mann und Frau, die Freiheit des Glaubens und der Meinungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit des Staates von der Religion. Auf diese Werte gibt es keinen Rabatt. Wer das Asylrecht in Anspruch nimmt, muss auch laut Genfer Konvention die Gesetze des Gastlandes achten. Eine vom Islam beherrschte Rechtsordnung wird und darf es nicht geben. Unserer Rechtskultur haben sich alle Zuwanderer gleich welcher Religionszugehörigkeit ohne Wenn und Aber anzupassen, sie ist unabänderlich, nicht verhandelbar und Teil unserer Willkommenskultur. Wer diese Gesellschafts- und Rechtsordnung nicht anerkennen will oder gar eine Parallelgesellschaft anstrebt, kann in Deutschland keine Heimat finden. Er kann das Recht in Anspruch nehmen, das ihm unsere Verfassung in voller Freiheit bietet, und unser Land jederzeit frei verlassen. Daran wird ihn niemand hindern.

Ihr Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Die Nachrichten über den abscheulichen Terroranschlag in Paris erreichten uns kurz vor Drucklegung. Eine redaktionelle Berücksichtigung in dieser Ausgabe war nicht mehr möglich. Wir gedenken der Opfer in tiefer Trauer.

Die Redaktion

6 25 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik
Ein Rückblick zum Finanzdrama um Griechenland in das Jahr 1897

8 Bewegte Zeiten, harte Politik-Lehre
Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, im Souverän-Interview

10 Wir hatten großes Glück
Eberhard Diepgen, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, über bewegte Zeiten

12 Dankbarer Rückblick
Bericht über eine gemeinsame Veranstaltung von Konrad-Adenauer-Stiftung und Senioren-Union in St. Petersburg

16 Welt aus den Fugen
Ex-Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio zur Flüchtlingsproblematik

20 Eine große Illusion?
Ein historischer Rückblick auf bisherige Einwanderungswellen nach Deutschland und wichtige Hintergründe

22 Denkverbote oder offene Diskussion?
Der Historiker Prof. Dr. Ronald G. Asch zu den Optionen in Sachen Flüchtlingskrise

26 Vor der Flucht gab`s keinen Benimm-Kurs
Franz Naber, dienstältester Integrationsbeauftragter in NRW, zur Eingliederung von Flüchtlingen

28 Für Realismus und Machbarkeit
Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, zur Energiewende und zur kommenden Klimakonferenz in Paris

30 Vielfalt statt Niedergang
Hat die Familie noch Zukunft? Und wenn ja, in welcher Form? Ein Beitrag von Familienforscherin Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler

32 Gute Versorgung bis ins hohe Alter?
Christian Zahn, Vorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen, zur Kritik, die Krankenkassen sparten auf Kosten von Senioren und Behinderten

30 Aus der Senioren-Union

36 Leserbriefe

39 Buchtipps

DANKE

für Ihre Spendenbereitschaft!!!

Wir hatten Sie im Frühsommer dieses Jahres in einem persönlichen Schreiben des Bundesvorsitzenden um Ihre Unterstützung der politischen Arbeit unserer Vereinigung gebeten.
Für Ihre großzügige Bereitschaft, dieser Bitte Folge zu leisten, möchten wir Ihnen allen im Namen des Bundesvorstandes ganz herzlich danken und Ihnen Hochachtung und Respekt aussprechen. Sie sind Vorbild und Ansporn für uns alle! Und Ihre Hilfe ist Wertschätzung und Rückenwind für unsere Arbeit.
Wer dem Beispiel folgen möchte:
Spendenkonto
DE86 100 40000 0268 0858 01
(Spendenbescheinigung wird zugeschickt)
Der Bundesgeschäftsführer
Jan Peter Luther

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb an Senioren-Union-Mitglieder und an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Prof. Dr. Ronald G. Asch, Claus Bernhold, Eberhard Diepgen, Prof. Dr. Engelhardt-Wölfler, Prof. Dr. Udo Di Fabio, Joachim Jahnke, Michael Vassiliadis, Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff, Christian Zahn

Bildnachweis:
Konrad-Adenauer-Stiftung, Ingrid Kozanak, Jan Peter Luther, Andreas Oberholz, Ulrich Winz, Wikipedia, fotolia

Titelfoto: fotolia

VIELE HOHE TIERE,
VON UNS GERETTET.

Wasserspeier am Kirchturm von Ulm, dem höchsten Kirchturm der Welt (161,5 Meter). Mehr über die Geschichte dieses Denkmals: www.dieganzegeschichte.de

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen.

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de

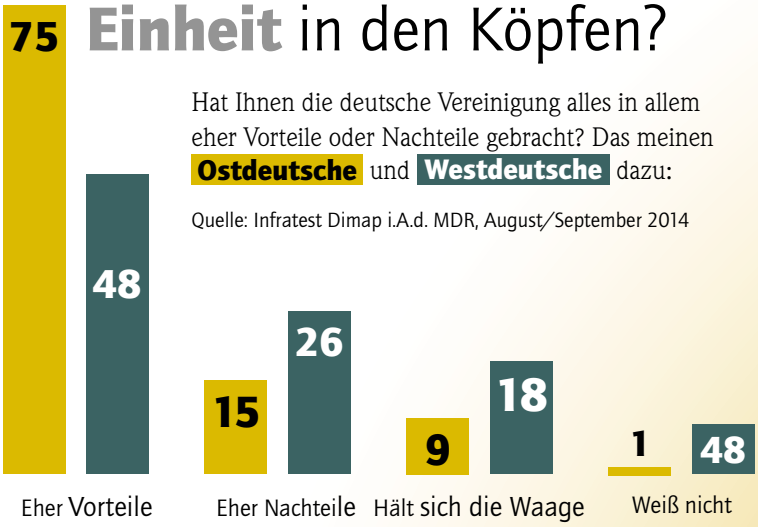
DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Einheit in den Köpfen?

Hat Ihnen die deutsche Vereinigung alles in allem eher Vorteile oder Nachteile gebracht? Das meinen **Ostdeutsche** und **Westdeutsche** dazu:

Quelle: Infratest Dimap i.A.d. MDR, August/September 2014



Am 31. August 1990 unterzeichneten der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Auf rund 1.000 Seiten regelte der Einigungsvertrag die rechtlichen Grundlagen für den Beitritt der DDR. Alles in allem gerieten die folgenden 25 Jahre zu einer Erfolgsgeschichte. Souverän lässt Menschen zu Wort kommen, die damals im Zentrum der Ereignisse agierten.

Ost und West wählen noch immer unterschiedlich

Vor 25 Jahren – am 18. März 1990 – fand in der DDR die erste freie und zugleich letzte Volkskammerwahl statt. Noch heute zeigen sich Unterschiede im Wahlverhalten von Ost und West. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligung im früheren Bundesgebiet und West-Berlin mit 72,4 % höher als in den neuen Ländern und Ost-Berlin (67,6 %). Auch im Rahmen der Bundestagswahl 1990 gaben im Westen mehr Personen ihre Stimme ab (78,6 %) als im Osten (74,5 %).

Ost- und westdeutsche Wählerinnen und Wähler verteilen ihre Zweitstimmen aber auch unterschiedlich: So fand DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2013 im Osten deutlich mehr Unterstützung (22,7 %) als im Westen (5,6 %). Bereits 1990 hatte die Partei unter ihrem früheren Namen PDS im Osten klar besser abgeschnitten (11,1 %) als im Westen (0,3 %). Dafür erreichte die SPD sowohl 1990 als auch 2013 deutlich mehr Wählerinnen und Wähler im früheren Bundesgebiet (1990: 35,7 %; 2013: 27,4 %) als in den neuen Ländern (1990: 24,3 %; 2013: 17,9 %).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Berlin – hier das Regierungsviertel – ist wieder Hauptstadt, attraktive Metropole für Jung und Alt und Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt.

25 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik

In den vergangenen 25 Jahren haben sich Ost und West in einigen Bereichen angeglichen, in anderen bestehen weiterhin Unterschiede. Noch immer deutliche Abweichungen gibt es beispielsweise bei der Bevölkerungsdichte: Während 2013 in den neuen Ländern 116 Einwohner pro km² lebten, waren es im früheren Bundesgebiet 261. Auch der Ausländeranteil ist im Osten geringer: Zum Stichtag 31. Dezember 2014 lag er hier bei 2,7 %, im Westen war er mit 10,3 % deutlich höher.

In anderen Bereichen haben sich Ost- und Westdeutschland dagegen stark angenähert – zum Beispiel bei der Lebenserwartung: Nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts im Jahre 2014 haben sich seit 1990 die Lebenserwartung und die Sterblichkeit bei Frauen in den neuen und alten Bundesländern angeglichen: 1990 kamen im Gebiet der ehemaligen DDR auf 100.000 Einwohner 815 Todesfälle – 132 mehr als in den alten Ländern. 2012 lag die Zahl in beiden Teilen Deutschlands bei 440. Eine ähnliche Entwicklung ist bei Männern zu beobachten: Vor 25 Jahren gab es im Osten je 100.000 Menschen 1.356 Todesfälle, in den alten Ländern 1.070. 2012 waren die Zahlen auf 743 bzw. 651 abgesunken.

Auch hinsichtlich des Alters von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes sind die Unterschiede geringer geworden: Ostdeutsche Mütter waren 2013 im Schnitt 28,1 Jahre alt, westdeutsche Mütter 29,5 Jahre. Die Sterblichkeit durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen ging insgesamt massiv zurück, in den neuen stärker als in den alten Bundesländern. Anfang der 1990er Jahre lag sie bei Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern etwa 1,5-mal höher als bei Frauen und Männern aus den alten Bundesländern, 2012 sind nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen. Auch die Ost-West-Unterschiede in den Raucherquoten sowie bei der Prävalenz von Adipositas sind zurückgegangen. Es zeigt sich insgesamt: Der Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten der Menschen in Ost und West gleichen sich an. Und: Die Deutschen werden immer gesünder – egal, wo sie leben!

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesgesundheitsministerium

Kosten der Einheit

Die Kosten der deutschen Einheit setzen sich aus der Übernahme von DDR-Verbindlichkeiten, Transferleistungen für die neuen Bundesländer und weiteren einigungsbedingten Sonderausgaben zusammen. Für die Gesamtkosten (Stand 2014) der deutschen Einheit einschließlich der Sozialtransfers liegen die Schätzungen zwischen 1,3 und 2,0 Billionen Euro, jährlich um etwa 100 Milliarden Euro steigend. Ein großer Teil davon sind Sozialleistungen, die über Transfers in der Renten- und Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Die reinen Aufbauhilfen aus spezifischen Programmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung von Unternehmen im Bereich der neuen Länder, also der sog. Aufbau Ost, summieren sich auf etwa 300 Milliarden Euro.

Quelle: wikipedia

Der Aufbau Ost ist dank Milliarden-Investitionen weitestgehend geglückt. Der 1990 überall weit fortgeschrittene Verfall konnte gestoppt werden, die Verkehrsinfrastruktur wurde saniert, Städte und Gemeinden zwischen Rügen und Erzgebirge zeigen heute wieder ein freundliches Gesicht.

25 Jahre Deutsche Einheit:

Bewegte Zeiten, harte Politik-Lehre

Sabine Bergmann-Pohl war 1990 Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer und – da die Funktion des Staatsrates auf den Volkskammerpräsidenten übertragen wurde – damit das letzte Staatsoberhaupt der DDR. Von 1990 bis 1991 war sie Bundesministerin für besondere Aufgaben und von 1991 bis 1998 parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium. Im Souverän-Interview blickt sie zurück.

Souverän: **Frau Dr. Bergmann-Pohl, Sie wurden noch vor der Gründung der DDR in Eisenach geboren. Wie haben Sie die nachfolgenden Jahre der Teilung erlebt und empfunden?**

Bergmann-Pohl: Die Teilung Deutschlands bedeutete auch eine Teilung durch meine Familie. Meine Großeltern in Westberlin und meine Schwester in Frankfurt a. Main wohnend, waren für mich schmerzliche Eingriffe in mein persönliches Leben. Bis 1961 konnte man diese Grenze in Berlin noch passieren, was nach dem Bau der Mauer durch und um Berlin und der zunehmenden Befestigung der Grenzanlagen durch Deutschland nicht mehr möglich war. Die Leidtragenden waren die Menschen im Osten, denn diese Grenze war nach innen gerichtet. Während sich in der Bundesrepublik Wohlstand im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft entwickelte, war die sozialistische Planwirtschaft der DDR letztendlich zum Scheitern verurteilt. Hinzu kamen eine politische Bevormundung und umfassende Bespitzelung der Bevölkerung durch die Staatssicherheit. Die Menschen lebten zwischen äußerer Anpassung und innerem Widerstand. Die politische Elite bediente sich des Staates und interessierte sich nicht mehr dafür, was das Volk dachte. So eine Ignoranz konnte nur zum Scheitern verurteilt sein.

Der offene Widerstand keimte dann im Zeichen von Glasnost und Perestroika?

Ja, die Politik mit Glasnost und Perestroika durch Michail Gorbatschow ab 1985 ließ in der DDR Hoffnungen auf mehr Demokratie, freie Meinungsäußerung und freie Wahlen zu. Mutige Bürgerrechtler, die vorher noch unter dem Schutz der Kirchen bereits solche Forderungen erhoben hatten, gaben den Menschen Mut, auf die Straße zu gehen. Die öffentlich gewordenen gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 und die Massenfluchten über die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau destabilisierten den Warschauer Pakt und die Machthaber in Ostberlin. Die Ungarn öffneten ihre Grenzen zu Österreich, und so verließen auch auf diesem Weg viele Menschen, vor allen Dingen junge Familien, die DDR. Der Besuch M. Gorbatschows aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR und sein Satz, der sinngemäß lautete: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, waren eine Aufforderung für die Menschen, endlich ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die DDR-Regierung war in dieser Zeit bereits so destabilisiert, dass sie fast handlungsunfähig war. Die Verkündung eines neuen Reisegesetzes brachte dann die Mauer zum Einsturz. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass das verantwortungsvolle Verhalten der sowjetischen Streitkräfte auf dem Boden der DDR im Rahmen dieser Ereignisse ein Blutvergießen vermieden hat.

Vom Fall der Mauer am 9. November 1989 bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 verging dann nicht einmal ein Jahr. Zu denen, die die Politik in diesem historischen Zeitfenster gestalteten, gehörten viele Menschen wie Sie, die Sie als Fachärztin für Lungenkrankheiten von heute auf morgen als Seiteneinsteiger in die Politik fanden …

Die ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 und der Sieg der Allianz für Deutschland, ein Wahlbündnis der CDU mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA), waren ein eindeutiges Bekenntnis und Auftrag der Bevölkerung für die Einheit Deutschlands. Die frei gewählte Volkskammer war ebenso einzigartig wie ihr Auftrag. Die Abgeordneten verließen von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz, um eine parlamentarische Arbeit ohne Erfahrung zu leisten, aber mit einem hohen politischen Anspruch, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Es waren in der Tat Ärzte, Ingenieure, Theologen, Geisteswissenschaftler und auch Vertreter aus anderen Berufen. Das Bemerkenswerte an dieser Zusammensetzung war, dass diese Abgeordneten angetreten waren, sich selbst am Ende wieder überflüssig zu machen, denn mit dem Ende der DDR war ihr Auftrag erledigt.

Dies war eine wirklich bemerkenswerte Zeit in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Die letzte Wahlperiode der Volkskammer in der DDR war vermutlich die kürzeste Lehre und härteste Bewährungsprobe „in Sachen Politik“?

Das kann man wohl sagen. Mit 164 Gesetzen, drei Staatsverträgen und 93 Beschlüssen war der Umfang der Arbeit gewaltig. Und die Zahl der Probleme auch. Im Schnittpunkt noch nicht überwundener Vergangenheit und noch kaum begonnener Zukunft galt es, möglichst vieles zu bedenken. Nicht nur der Übergang in einen Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Grundsätzen in der Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands gehörte zu unseren Aufgaben, es war auch unser Be-

Grenzöffnung auch auf dem platten Land in Niedersachsen: Neugierig, fast noch ungläubig, strömen die Menschen durch die erstmals geöffneten Grenzanlagen.

Schon bald nach dem Beitritt kommt der Aufbau Ost in Schwung.

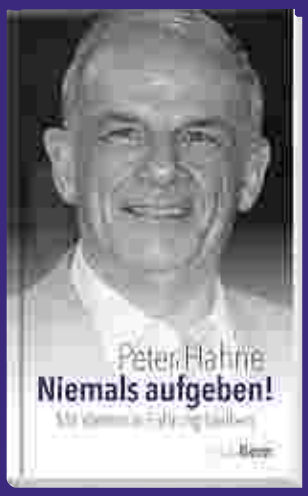
streben, Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland abzubauen. So hat sich die Volkskammer sehr frühzeitig z.B. zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bekannt. In einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen haben wir uns für die politischen Verfehlungen der DDR-Machthaber entschuldigt. Aber auch der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Folgen haben wir uns gestellt.

Am 3. Oktober konnten wir nun den 25. Jahrestag der Einheit Deutschlands begehen. Wie bewerten Sie die Entwicklung dieser Jahre?

Im gesellschaftlichen Transformationsprozess bei der Überführung einer sozialistischen Planwirtschaft unter der „Diktatur des Proletariats“ in eine freiheitliche Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft änderten sich für die Ostdeutschen vor 25 Jahren alle Rahmenbedingungen. Die Dimension des Wandels auf der Basis des deutschen Grundgesetzes umfasste nahezu alle Lebensbereiche, wie z.B. die Sprache, die in ihrer Begrifflichkeit mitunter bei denselben Worten unterschiedliche Deutungen zuließ, den Bereich der Medienrezeptionsfähigkeit, was die neuen Medien des Westens betraf, den Bereich des Geldes, der neuen harten Währung D-Mark, des Konsums in der Überfluss- statt Mangelgesellschaft, den Bereich völlig neuer Arbeitswelten einer Leistungsgesellschaft, die neue politische Kultur und die aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten in der Zivilgesellschaft und natürlich den Bereich der Identifikation und des daraus resultierenden positiven Nationalgefühls.

Und es hat im Großen und Ganzen funktioniert. Die Menschen in Ost und West haben trotz ihrer 40-jährigen Trennung und unterschiedlichen Sozialisation heute wieder mehr gemeinsame Ziele und Erwartungen. Die von Helmut Kohl prognostizierten „blühenden Landschaften“ in den neuen Ländern sind entstanden. Die 1990 zerfallende Bausubstanz der DDR erstrahlt heute in neuem Glanz, und vieles, was damals dem Zerfall preisgegeben war, ist wieder aufgebaut. Deutschland hat sich zudem bemüht, den Erwartungen Europas und der Politik einer friedlichen Koexistenz mit seinen europäischen Nachbarn gerecht zu werden. Einziger, aber großer Wermutstropfen: Leider hat sich der Glaube an eine friedlichere Zukunft in Europa und der Welt durch die Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West bislang nicht erfüllt. ■

Der neue Hahne



Seit Anfang Juni SPIEGEL Bestseller

Auch als eBook erhältlich!

Nr. 5.121.005 · 160 Seiten € 9,95

Das Geschenk!

Auch jetzt angesichts der Flüchtlingsströme: Top-aktuell, **Klartext** über Gott und die Welt, eine **Streitschrift** gegen Resignation und für eine Gesellschaft mit **christlichen Wurzeln**. Ehrenamtliche als Vorbilder. So aktuell ist die Bibel: konsequent und kompromisslos, **Kraftquelle** für den praktischen Alltag.

Das heimliche Thema:
Gehört das Christentum noch zu Deutschland?

Kapitel um Kapitel mit heißem **Herzen** geschrieben.

im Kawohl Verlag e.K.
46485 Wesel
Blumenkamper Weg 16
Tel 0281 96299-0 · www.kawohl.de

25 Jahre deutsche Einheit:

Wir hatten großes **Glück**

Ein Beitrag von Eberhard Diepgen (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin in den Jahren 1984 bis 1989 und von 1991 bis 2001

Wir hatten großes Glück. Erst der Blick zurück macht das so richtig deutlich. Wer dachte 1989 insbesondere im Westen Deutschlands an den Fall des Eisernen Vorhanges, an eine ernsthafte Chance der Wiedervereinigung. Von der Lebenslüge des deutschen Volkes sprachen nicht wenige – von Willy Brandt bis Egon Bahr – noch im Herbst des Revolutionsjahres, als die Opposition in der DDR schon kraftvoll in Erscheinung trat und in Polen die erste nicht kommunistisch geführte Regierung des noch existierenden Ostblocks ins Amt kam. Willy Brandt habe ich das heute verziehen. Sein Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" hat das wieder gutgemacht und gehört zum kollektiven Gedächtnis der Deutschen. 1989 gab es noch ausreichend Verfechter der deutschen Einheit in politischer Verantwortung. Doch die Zahl wurde geringer. Selbst im geteilten Berlin wurde noch im Januar 1990 (!) die Eingangsformel der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, das Bekenntnis zum Ziel der Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin, als angebliches Symbol des Kalten Krieges von SPD und AL (heute die Grünen) gestrichen. Als ich im Frühjahr in einer Veranstaltung in Frankfurt/M die These aufstellte, Thema der nächsten Bundestagswahlen werde die Deutschlandpolitik sein, widersprach u.a. ganz vehement der Vorstand der Deutschen Bank, Christians. Ihm gegenüber half auch nicht mein Hinweis auf bemerkenswerte Gespräche mit führenden Mitgliedern des ZK der Kommunisten aus Ungarn im April des Jahres – vor der Öffnung der Grenze Ungarns nach Osterreich. Mir war glaubhaft vorgetragen worden, die KP Ungarns werde konsequent einen demokratischen Prozess vorantreiben, nur einen Bürgerkrieg würden sie nicht riskieren. Für mich war danach klar: Die Zeichen standen auf Veränderung.

Kaum einer hat die Wendezeit und ihre Auswirkungen intensiver miterlebt und mitgestaltet als Eberhard Diepgen.

Mich bewegte 1989 die Frage: Wie stark ist die Opposition in der DDR, welche Kraft hat die SED noch. Bei meinen Treffen mit Honecker hatte ich 1988 eine sehr selbstbewusste Führung der DDR erlebt, gestärkt durch den Besuch in Bonn, aber entfernt von der Wirklichkeit des Landes. Eine bemerkenswerte Antwort erhielt ich Anfang Oktober 89. Ein junger Mann aus Ostberlin übergab mir im Rathaus Schöneberg die Kopie einer Ausarbeitung der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität. Ohne die im Westen übliche Schönfärberei wurde darin die desolate wirtschaftliche Situation der DDR beschrieben und außerdem die These aufgestellt, der Führung der DDR könne die oppositionellen Bewegungen nicht mehr mit den herkömmlichen Mitteln des Sys-

Berliner Gespräch:

„Die Menschen waren die **allertollsten**"

Am 31. August 1990 wurde im Kronprinzenpalais an der Berliner Prachtstraße „Unter den Linden" der Einigungsvertrag unterzeichnet. 25 Jahre später, am 24. September 2015, blickten Wolfgang Schäuble und andere damals handelnde Zeitzeugen im Rahmen der sog. Berliner Gespräche auf den Prozess der deutschen Einheit zurück. Schäuble erinnerte daran, dass die CDU Deutschlands mit Helmut Kohl an der Spitze den Weg zur Deutschen Einheit maßgeblich gestaltet habe. Man solle nicht vergessen, dass mit Oscar Lafontaine und Gerhard Schröder damals zwei SPD-Ministerpräsidenten der Länder gegen die Einigung gestimmt haben. „Ja, historische Wahrheit überbietet Höflichkeit", schmunzelte der heutige Finanzminister.

Trotz dieser bei manchen vorhandenen Skepsis seien viele Grundsatzentscheidungen richtig und von einem breiten Konsens getragen gewesen, so Schäuble. „Und dann waren da die Menschen, sie waren die allertollsten", berichtete er. Trotz manchmal chaotischer Ereignisse – auch damals wurden Turnhallen beschlagnahmt – seien die Deutschen großzügig und freundlich gewesen, niemand habe gemault. Deshalb hätten die Deutschen allen Grund, sich in aller Fröhlichkeit und Dankbarkeit zu erinnern.

In drei Gesprächsrunden ließen weitere Gäste die Ereignisse der vergangen 25 Jahre Revue passieren, so erinnerten sich Sabine Bergmann-Pohl, ehemals Präsidentin der DDR-Volkskammer, und Rudolf Seiters, Bundesminster a.D., an die Stationen vom Mauerfall zur deutschen Einheit. „Deutschland wächst zusammen" lautete das Thema, zu dem Roland Jahn, Beauftragter für die Stasi-Unterlagen, und Bundesbildungsministerin Johanna Wanka zusammensaßen. Und den Abschluss bildeten die Ausführungen von Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters Berlin, sowie von Schriftseller Uwe Tellkamp über die „Kultur als einheitsstiftende Kraft". ■

Eberhard Diepgen mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand und Bundeskanzler Helmut Kohl Foto: KAS

tems beherrschen, man müsse Raum für Kritik geben, selbst in die oppositionellen Gruppen gehen und ggfls. auch selbst solche gründen. Nur so könne die Arbeiterpartei die Entwicklung lenken. Jede Kritik sei möglich, eine Grenze sei ausschließlich dort zu ziehen, wo der Führungsanspruch der Arbeiterklasse ernsthaft in Frage gestellt werde. Die Partei – oder zumindest Teile der SED – fürchteten die Kraft der Opposition und drängten auch selbst auf Reformen. Heute wissen wir, dass die STASI Oppositionsgruppen unterwandert und neue Parteien durch ihre Spitzel geführt hat. Die Widerstandskraft des SED-Regimes war offensichtlich nicht sehr groß. Gesiegt hat die ostdeutsche Revolution. Das entscheidende Datum ist der 9. Oktober mit dem Rückzug der „Sicherungskräfte" beim Marsch um den Ring in Leipzig. Schade, dass dieser Tag nicht zum Tag der deutschen Einheit wurde. Der 9. November konnte es wegen seiner historischen Belastungen als nationaler Feiertag nicht werden. Eigentlich war es eine der letzten Bosheiten der SED, dass gerade an einem solchen Tag die Mauer fiel.

Wir haben Glück gehabt. Erstens: Die Chance zur Wiedervereinigung kam noch rechtzeitig. Am 9. November hat sich – zweitens – Günter Schabowsky verquatscht und eine Dynamik an der Berliner Sektorengrenze verursacht, die nur mit massiver Gewalt wieder in die ursprünglich mit einer neuen Reiseregelung beabsichtigten Grenzen hätte gelenkt werden können. Und drittens hatten wir Gorbatschow, der die Folgen eines Rückzugs der Sowjetunion aus der Mitte Europas für die Rolle der Welt- und europäischen Macht Russland nicht bedachte. Ich halte es noch heute für ein Wunder, dass Russland mit dem JA zur Wiedervereinigung einen Paradigmenwechsel seiner bis zu Peter dem Großen zurückreichenden Europapolitik vorgenommen hat.

Mit der Wiedervereinigung wurde mein Traum eines vereinten Deutschlands erfüllt. Wir sind auch weiter als Spanien, das Vereinigte Königreich oder Belgien. Trotz unseres ausgeprägten Föderalismus will kein Bundesland in die Selbständigkeit. 1989 wollten viele der verdienstvollen Revolutionäre den Traum vom richtigen Sozialismus in einer fortbestehenden DDR verwirklichen. Die Revolution hat sie mit dem Ruf „Wir sind ein Volk" überrollt. Dabei hatte Helmut Kohl schon mit Rücksicht auf Frau Thatcher und Herrn Mitterand sehr darauf geachtet, dass die Forderung nach Wiedervereinigung von den Menschen aus Ostdeutschland ausging. Verlierer gab es im Vereinigungsprozess. Ich wollte damals auch manches anders machen, die Leistungen der Menschen in der DDR stärker anerkennen, als es im Schwung des Einigungsprozesses geschehen ist. Den Ostdeutschen wurde bei der Modernisierung ihrer Wirtschaft vieles zu schnell abverlangt. Die Wanderung von Fachkräften hat den Osten nachhaltig geschwächt, den Südwesten Deutschlands dagegen gestärkt. Die Wiedervereinigung aber bleibt insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Mindestens zwei Herausforderungen müssen aber jetzt schnell angepackt werden.

1. Die Grenze von Jalta muss in den Statistiken und Förderprogrammen fallen. Es gibt im Osten zwar immer noch mehr Förderbedarf, aber inzwischen gibt es auch im Westen Nachholbedarf.
2. Die gesetzlichen und tariflichen Unterschiede bei Renten und Löhnen müssen verschwinden. Wenn regionale Unterschiede bei Löhnen, dann nicht an der Grenze von Jalta orientiert. ■

Gesamtdeutsche Senioren-Union:

Offiziell **vereint** seit Dezember 1990

In der Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1990 droht die Gründung der gesamtdeutschen CDU-Senioren-Union aus dem Blick zu geraten. Als Geburtstag der Organisation in der (alten) Bundesrepublik gilt der 20. April 1988 und in der DDR der 18. April 1990. Doch erst die Wiederherstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 machte den Weg für den einheitlichen Verband der 15 Bundesländer (ohne Bayern) frei. Wer angenommen hatte, dass es da mit einem Händedruck der beiden Vorsitzenden – der Theologin Gisela Krüger aus Schwerin und dem Staatssekretär Dr. Bernhard Worms aus Bonn – sein Bewenden haben würde, sollte sich irren: Getreu der föderalen Strukturen im wiedervereinigten Deutschland waren die Landesvorsitzenden der fünf neuen Bundesländer und Berlins gehalten, sich ausdrücklich vor dem Plenum der (2.) Bundesversammlung zu erklären. Erst durch ihr Votum, ihren Beitritt, gewann der neue Bundesverband Rechtskraft. Die Zeremonie fand am 11. Dezember 1990 in den Union-Sälen neben der CDU-Zentrale in Bonn statt, in der sich auch das Büro der Senioren-Union mit Hans H. Herbst als Bundesgeschäftsführer befand. Der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ermutigte die Delegierten in seinem Grußwort zu weiterem gesellschaftlichem Engagement. Der Kölner Stadtanzeiger zitierte ihn tags darauf mit der Warnung, „jedem törichten Jugend-Kult" nachzulaufen, und mit der Forderung, das Miteinander der Generationen zu praktizieren. Wie später Norbert Blüm versprach er: „Die Renten sind und bleiben sicher." Familienministerin Ursula Lehr sprach sich schon damals für ein Altersbild aus, das die physischen und geistigen Fähigkeiten der älteren Generation berücksichtigt. Die Ministerin für gesamtdeutsche Fragen, Dorothee Wilms, forderte, Altenpolitik unter Beteiligung der Senioren zu machen. An die Stelle von Gerhard Braun wurde an jenem Tage Bernhard Worms als neuer Bundesvorsitzender gewählt, womit auch das Monate währende Interregnum mit Horst Heinschke (Berlin-West) als amtierendem Vorsitzenden zu Ende ging. Die im Dezember 1990 in die damalige Bundeshauptstadt gereisten Delegierten aus der DDR – darunter 16 aus Brandenburg – trafen auf die Bereitschaft westdeutscher Mitstreiter, die Gründung und Entwicklung von Basisgruppen und Kreisverbänden im Osten zu unterstützen. Dem Versprechen folgten viele Taten. Beispielgebend wurde die partnerschaftliche Verbundenheit zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg (s.S.39). ■

Ulrich Winz, Berlin

25 Jahre deutsche Wiedervereinigung

Dankbarer Rückblick in **St. Petersburg**

Voraussetzungen und Entwicklungen auf dem Weg zur deutschen Einheit standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Senioren-Union. Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung Deutschlands trafen sich Zeitzeugen und Repräsentanten aus den verschiedenen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens beider Länder in St. Petersburg.

Die Delegation der Senioren-Union unter Leitung des Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff (3.v.r.) und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung vor der Tagung im Astoria-Hotel in St. Petersburg.

Prof. Beate Neuss, Professorin für internationale Politik und stellvertretende Vorsitzende der KAS, würdigte einleitend die Unterstützung der Wiedervereinigung und der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Deutschlands durch die damalige Sowjetunion. Man wisse um die Bedeutung Russlands in der internationalen Politik und wünsche sich vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ihr Dank galt den Teilnehmern der Delegation der Senioren-Union (SU) mit dem Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff an der Spitze, die in enger Zusammenarbeit mit der KAS diese Tagung vorbereitet haben.
Wulff verdeutlichte in seinen einführenden Worten, für die Senioren-Union sei es ein großes Anliegen, die Lebenserfahrung der älteren Generation in den politischen Willensbildungs- und Mitwirkungsprozess einzubringen. Dabei fühle man sich gerade der Erhaltung von Frieden und Völkerverständigung besonders verpflichtet.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, 1990 u.a. Präsidentin der Volkskammer und letztes Staatsoberhaupt der ehem. DDR, betonte, die Wiedervereinigung Deutschlands sei kein Anschluss, vielmehr der „unbedingte und freie Wille“ der Bürger gewesen. Deren Freiheitswille habe Mut gemacht, auf die Straße zu gehen. Sie hob hervor, dass es auch das verantwortungsvolle Verhalten der Streitkräfte der damaligen Sowjetunion war, welches Blutvergießen verhindert habe. Rückblicke auf den Fall der Berliner Mauer, die ersten freien Volkskammerwahlen, den Abschluss des Einigungs- und des 2+4-Vertrages machten zudem deutlich, dass diese Entwicklungen erst durch die Solidarność-Bewegung in Polen, die Politik von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion und die Öffnung der Grenze durch Ungarn möglich geworden waren.

Dies unterstrich auf russischer Seite Prof. Dr. Nikolaj Mezhewitsch von der Fakultät für Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg, der die aktuellen Gespräche im Rahmen des Petersburger Dialogs ausdrücklich begrüßte. Unterstützt wurde er durch Prof. Dr. Boris Petelin, den Leiter des Lehrstuhls für Theorie und Geschichte der Kultur an der

Staatlichen Universität von Cherepovets, der darauf verwies, dass die Wiedervereinigung „nicht vom Himmel gefallen sei“. Vielmehr sei eine lange Zeit der politischen Vorbereitung vorausgegangen. Letztlich sei es das Zusammenwirken von Staatspräsident Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl gewesen, die das Ergebnis erreicht hätten: auf der einen Seite Gorbatschow, der politisch das Ende des „Kalten Krieges“ eingeleitet habe, andererseits Helmut Kohl, der seinerzeit die sich neu ergebenden Chancen konsequent genutzt habe. Zu Recht habe der eine den Friedensnobelpreis erhalten, und zu Recht werde Kohl als „Kanzler der Einheit“ bezeichnet.

zess erwiesen, stellte der stv. SU-Bundes- und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten, fest. Insbesondere die Schaffung mittelständischer Unternehmensstrukturen habe sich beschwerlich gestaltet.
Einen anderen Aspekt beleuchtete der ehemalige Europaabgeordnete Rolf Berend, der sich für den Ausbau der partnerschaftlichen Aktivitäten der Universitäten und die Intensivierung des Studentenaustauschs aussprach.
Dr. Bergmann-Pohl sieht erfreuliche wirtschaftliche Entwicklungen in den sog. „neuen“ Bundesländern. „Wir haben unter schwierigen Bedingungen und mit viel Fleiß einen bedeutenden Umschwung erreicht.

Anna Scharogradskaja, Direktorin des Instituts der Regionalen Presse, aus St. Petersburg erinnerte an Probleme, die es früher mit z.B. gegenseitigen Reisen von der UdSSR in die USA und umgekehrt gegeben habe. „Lassen Sie uns dafür sorgen, dass solche Mauern nicht wieder aufgerichtet werden“, lautete ihr Fazit.
Als sichtbares Zeichen für die positive Entwicklung der Beziehungen der beiden Länder und die Versöhnung über den Gräbern wertete Botschafter a.D. Dr. Ernst-Jörg von Studnitz die Tatsache, dass es heute überall in Russland Friedhöfe für gefallene deutsche Soldaten des 2.Weltkriegs gibt.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung in den 25 Jahren deutscher Einheit habe sich die Umgestaltung von zentralistisch gelenkter Planwirtschaft zur funktionierenden Marktwirtschaft als schwieriger Pro-

Ich sehe das als sehr positiv an!.“ Dennoch gebe es noch viel zu tun, um die Lebensverhältnisse im Osten und Westen der Bundesrepublik einander völlig anzugleichen.

Claudia Crawford, Bundesministerin a.D., Leiterin der KAS in Moskau, und Prof. Dr. Otto Wulff gaben zum Schluss der Tagung der Hoffnung Ausdruck, dass die Analyse der gemeinsamen Erfahrungen in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit Deutschlands und Russlands in den Jahren vor und nach der deutschen Wiedervereinigung helfen werde, auch die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Gespräche wie diese, gemeinsame Konferenzen und Begegnungen der „Erlebnisgeneration“ – wie im Vorjahr mit Michail Gorbatschow in Berlin – könnten dazu entscheidend beitragen. ■

Claus Bernhold

Terramundi
Travel & Incentive GmbH

Das besondere Reise-Erlebnis für Mitglieder und Freunde!

Senioren Union CDU

SORRENT

Reisetermin:

13.03. bis 20.03.2016
Verlängerungswoche möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland✈ / Neapel / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 44,- bis EUR 87,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 11/15)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel President**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und serviertes Abendessen)
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus
- Eintrittsgelder zum Programm
- Besuch eines Landgutes mit Imbiss
- Deutschsprachige Reiseführung
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

✈ Flüge wahlweise ab/bis: Düsseldorf, Frankfurt, Köln-Bonn, München und Stuttgart (nonstop), sowie Hamburg und Berlin-Tegel (mit Umstieg). Weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich.

Nicht im Preis enthalten: Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben · Trinkgelder · Zusätzliche Reiseversicherungen · Nationalpark-Gebühren für den Aufstieg zum Vesuv: EUR 10,- pro Person

Reisepreise:

EUR **895,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer*

Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche: EUR **210,-**

Zuschlag garantierter Meerblick je Woche im Doppelzimmer*: EUR **42,-** pro Person

Zuschlag garantierter Meerblick je Woche im Einzelzimmer (sehr begrenztes Kontingent): EUR **105,-**

Verlängerungswoche p.P. im DZ* inklusive Halbpension: EUR **385,-**

* bei Zweierbelegung

✈ **Grundpreis** mit Flügen ab/bis Stuttgart

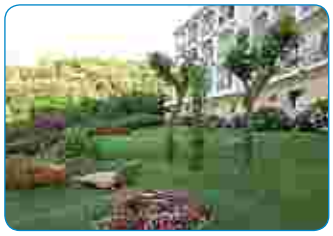
✈ **Zuschlag** für Flüge ab/bis:
Düsseldorf & Köln-Bonn: EUR **20,-**
Hamburg & Berlin-Tegel: EUR **40,-**
Frankfurt & München: EUR **80,-**

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR **45,-** für die erste Woche bzw. EUR **55,-** inklusive Verlängerungswoche.
(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Schon die Römer schätzten die klimatischen und landschaftlichen Vorzüge der Halbinsel von Sorrent. Davon legen die Überreste vieler prachtvoller Villen eindrucksvoll Zeugnis ab.

Heute bietet die „Perle Kampaniens" zusätzlich zahlreiche historische und kulturelle Stätten, die einen Besuch lohnen. Wir nehmen uns Zeit für einen Ausflug in die Regionalhauptstadt Neapel, gelegen im Schatten des Vesuv. Der bis heute aktive Vulkan begrub bei einem Ausbruch im Jahre 79 v. Chr. die römische Stadt Pompeji unter Asche und Bimsstein und konservierte sie so für die Nachwelt. Weitere Besichtigungspunkte sind Amalfi, Ravello und Sorrent. Ausflüge zur vielbesungenen Insel Capri und nach Salerno und Paestum sind optional buchbar.

Natürlich werden Sie auch ausreichend Gelegenheit haben, die kulinarischen Genüsse aus Küche und Keller und das milde Klima zu genießen.



Hotel President****

Lage: Das Grand Hotel President liegt oberhalb von Sorrent. Von hier aus bietet sich ein herrlicher Panoramablick über die Bucht von Neapel und auf den Vesuv. Das Zentrum von Sorrent ist in wenigen Minuten mit dem hoteleigenen Shuttle-Bus erreichbar.

Ausstattung: Eingangshalle mit Rezeption (24-Stunden-Service), Lounge mit Piano, Bar, Restaurant, Panorama-Terrasse, Konferenzraum, Gartenanlage, Außen-Swimmingpool mit Sonnenterrasse, Sauna, Wellness-Bereich, türkisches Bad (Nutzung teilweise gegen Gebühr).

Zimmer: Die gemütlich eingerichteten Zimmer verfügen über Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Satelliten-Farbfernseher, Direktwahl-Telefon, WiFi-Verbindung, Minibar und Mietsafe.

Flüge
Wahlweise ab/bis vielen Flughäfen

Hotel
4-Sterne-Komfort in ruhiger Lage

Besichtigungen
Mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung

Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen in Deutschland nach Neapel, wo Sie bereits von der örtlichen, deutschsprechenden Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie nach Sorrent, zum Check-In im Hotel President.

2. Tag: Sie fahren entlang der sorrentischen und amalfitanischen Küste bis zu einem Aussichtspunkt über **Positano**. Genießen Sie den Blick auf das azurblaue Meer und die charakteristischen Häuschen, die sich malerisch an die Hänge der Berge schmiegen.
Weiter geht es nach **Amalfi**, eine der ältesten Städte in dieser Region. Der Ort wurde bereits im 8. Jh. v.Chr. erstmals erwähnt. Im Zentrum befindet sich der Domplatz mit der Fontana del Popolo. Sie besichtigen zunächst den Dom mit seiner spektakulären Treppe und dem angrenzenden Kreuzgang, der im 9. Jh. begonnen und im 13. Jh. im arabisch-normannischen Stil vollendet wurde. Der Innenraum des Gotteshauses ist reich mit Kunstschätzen und Malereien geschmückt. Er beherbergt auch die Reliquien des Apostels Andreas, die im Jahre 1206 von Konstantinopel nach Amalfi gebracht wurden.
Letzte Station Ihres ganztägigen Ausfluges ist **Ravello**, gelegen oberhalb der Amalfi-Küste. Sie besichtigen das Gelände der ehemaligen Villa Rufolo aus dem 13. Jh. mit herrlichem Blick auf das Meer.

3. Tag: Heute fahren Sie zunächst zu den beeindruckenden Ausgrabungen von **Pompeji**. Die Stadt wurde durch den berühmten Ausbruch

Gebührenfreie Service-Nummer für weitere Informationen: **0800 - 8 37 72 68**

des Vesuv im Jahre 79 v. Chr. unter einem Asche- und Bimssteinregen begraben und so für die Nachwelt konserviert. Die ersten Ausgrabungen fanden im Jahre 1748 statt. Die wichtigsten, noch heute sichtbaren öffentlichen Gebäude, sind das Forum mit der Basilika, die Thermen, der Apollo- und Jupitertempel und das Amphitheater. Unter den Privathäusern sind das Haus des Meander, das Haus Julia Felix, das Haus der Vettier, das Haus der Amorini dorati, das Haus des Fauns und des Loreius Tiburtinus hervorzuheben. Auch außerhalb der Stadtmauern sind interessante Gebäude zu sehen.
Anschließend fahren Sie weiter zum **Vesuv**. Unter fachkundiger Führung können Sie den Krater besteigen (Nationalpark-Gebühren von EUR 10,- pro Person nicht im Preis enthalten).

4. Tag: Ihr heutiger Halbtagesausflug führt Sie nach **Sorrent**. Dort besuchen Sie das historische Zentrum und sehen u.a. den Dom, das Kloster von San Francesco und Sedile Dominova. Danach fahren Sie zu einem charakteristischen landwirtschaftlichen Betrieb für die Herstellung von Mozzarellaprodukten. Die Bäuerin zeigt Ihnen eine antike Weinkantine und eine Ölpressmaschine aus dem 18. Jh.
Anschließend reicht Sie in einem typischen Zitronen- und Orangengarten einen Imbiss aus hausgemachten Produkten wie Tomatensalat, Mozzarella, Brot, Wein und Limoncellolikör sowie Quellwasser.

5. Tag: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung. Sie können aber auch an einem optionalen Ausflug auf die viel besungene Insel Capri teilnehmen (gegen Aufpreis vor Ort buchbar).
[Mit dem Schnellboot erreichen Sie von Sorrent aus die Insel **Capri**. Ein Minibus bringt Sie anschließend zu den Gärten des Augustos, von wo aus Sie einen herrlichen Blick auf die „Faraglioni" haben. Die steil aus dem Meer ragende, von den Wellen geformte Felseninsel, ist das Wahrzeichen Capris. Bei der Inselrundfahrt können Sie auch die Villa San Michele in Anacapri besuchen. Anschließend haben Sie noch Zeit für einen Spaziergang auf der bezaubernden Insel. Rückkehr mit dem Schnellboot nach Sorrent und Transfer zum Hotel.]

6. Tag: Ihr heutiger Ganztagesausflug führt Sie nach **Neapel**. Am Vormittag können Sie zunächst das Nationalmuseum besuchen, das eine der bedeutendsten archäologischen Sammlungen der Welt besitzt. Zum Studium der griechisch-römischen Antike leistet dieses Museum auch heute noch einen wertvollen Beitrag.
Am Nachmittag sehen Sie während einer Stadtrundfahrt die touristischen Highlights von Neapel – u.a. den Dom, das Theater San Carlo, die königliche Residenz und das Castel dell'Ovo.

7. Tag: Ein weiterer Tag, der Ihnen zum Erholen im schönen Ambiente des 4-Sterne-Hotels oder für eigene Unternehmungen zur freien Verfügung steht – oder Sie nehmen an einem optionalen Ausflug (gegen Aufpreis vor Ort buchbar) nach Salerno und Paestum teil:
[Zunächst fahren Sie nach **Salerno**. Die Provinzhauptstadt Kampaniens liegt auf einem schmalen Küstenstreifen am gleichnamigen Golf. Bei einer Stadtbesichtigung sehen Sie u.a. den Dom aus dem 11. Jh. Anschließend besuchen Sie die archäologische Zone von **Paestum**, dem einstigen Poseidonia, wo besonders der Neptuntempel und die Basilika sehenswert sind.]

8. Tag: Je nach Abflugzeit Transfer zum Flughafen Neapel und Rückflug zum Ausgangsflughafen Ihrer erlebnisreichen Reise – oder Beginn Ihrer Verlängerungswoche.

Auskunft und Buchung:

Terramundi Travel & Incentive GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige ihren gültigen Reisepass oder Personalausweis • Preis-, Programm- und Terminänderungen vorbehalten • Reise-Nummer 2016 ITL 002 • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 50 Personen • Die CDU Senioren-Union tritt lediglich als Vermittler auf • Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar auch unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post.

Terramundi ist insolvenzversichert bei: ZURICH

RHODOS

12.05. bis 19.05.2016

Für Ihre langfristige Planung stellen wir Ihnen das Ziel der nächsten Frühjahrsreise in Gemeinschaft der CDU Senioren-Union vor. Mitte Mai besuchen wir die „Insel des Lichtes", Rhodos.

Freuen Sie sich auf die Wonnen des Frühlings, den Komfort eines 5-Sterne-Luxushotels mit eigenem, großen Spa-Bereich und kulturelle Highlights, die Sie unter fachkundiger Leitung kennenlernen. Allen voran Rhodos-Stadt mit der mächtigen Burg und der „Straße der Ritter". Auch Lindos mit der Akropolis, die malerische Bergwelt und die Zeugnisse der Antike in Kamiros und Filerimos lohnen einen Besuch. Ein optionaler Ausflug (per Schiff) führt Sie – entlang der Ägäis-Küste – nach Symi, Insel der Schwammtaucher.

Gerne senden wir Ihnen das ausführliche Programm – eine kurze Nachricht genügt.

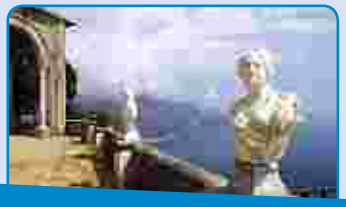
REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69/ 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Terramundi Travel & Incentive GmbH

☐ Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur **RHODOS**-Reise zu.



☐ **JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Personen an der Reise nach **SORRENT** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse. (Bitte in Druckbuchstaben, wie im Ausweisdokument angegeben, ausfüllen.)

Name, Vorname (**Teilnehmer/in 1** = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl E-Mail

Name, Vorname (**Teilnehmer/in 2**) Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.
Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: **SORRENT**
Termin: **13.03. bis 20.03.2016**
Preise: EUR **895,-** p.P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR **210,-** pro Woche
Zimmer mit garant. Meerblick: EUR **42,-** p. P. / Woche
Zuschlag garant. Meerblick im EZ (sehr begrenztes Kontingent): EUR **105,-** p. Woche
Verlängerungswoche inkl. HP im DZ*: EUR **385,-** p. P.

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ*** = Doppelzimmer **EZ** = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. **1** ☐DZ ☐EZ ☐MB ☐VL ☐RV
Teiln. **2** ☐DZ ☐EZ ☐MB ☐VL ☐RV

(* bei Zweierbelegung)

Flüchtlingspolitik/Migration:

Welt aus den Fugen

Angesichts der geopolitischen Umwälzungen ist Deutschland heute deutlich offener und risikobereiter als viele andere Staaten. Doch ohne Grenzen und Begrenzbarkeit entfällt eine zentrale Voraussetzung des offenen Verfassungsstaates.

Eine Welt scheint aus den Fugen. Im Jahr 2008 wurde das globale Finanzsystem erschüttert, dann bebte die Eurowährung. Aus dem arabischen Frühling 2011 wurde kein Sommer der Demokratie und der Freiheit, sondern es folgten Staatenzerfall und IS-Terror. Die Vereinigten Staaten und Europa sind reich, aber politisch wirken sie gelähmt. Nicht nur spontane Flüchtlingsströme machen Europa zu schaffen. Organisierte Schleuserkriminalität und familiäre Netzwerke testen ein Schengen-System, das auf schönes Wetter der Warenströme und Touristen ausgelegt ist. Der russische Präsident Putin schwächt seine Wirtschaft, bedroht Nachbarn, will sich womöglich als neue militärische Ordnungsmacht in Stellung bringen. Die Eliten Europas bangen um das große Projekt der politischen Union, die bei aufkeimendem Populismus in den Staaten manchmal wie die einst berühmte Dame ohne Unterleib wirkt. Handfeste nationale Egoismen sind zurück.

Die Stimmung ist eigenartig. Öffentliche Meinung verliert ihr Zentrum wie ein gesplitterter Spiegel. Leitmedien gibt es noch, aber im weltweiten Netz treiben die Emotionen. Wellen der Hilfsbereitschaft, aber auch der Einwanderungsaversion, Furcht und Hass finden ihre Foren. Manchen Betreibern sozialer Netzwerke wie Facebook wird deutlich angesonnen, fremdenfeindliche Inhalte zu beseitigen. Bei manchem Inhalt liegt der Grund für solche Forderungen offen zutage – Fälle für die Staatsanwälte. Aber was alles ist heute und morgen fremdenfeindlich, und wer hat in welchen Verfahren das Recht zur Zensur? Vielleicht denkt manch einer schon weiter, jenseits einer legitimen Strafverfolgung im Einzelfall, über eine Internetzensur nach. Womöglich ähneln die Argumente denjenigen der Metternich'schen Bürokraten seit 1815, die nach Napoleon den Kontinent nicht noch einmal durch bewegte Volksmassen in Elend und Dauerkrieg gestürzt sehen wollten und deshalb „Demagogen" verfolgten.

Der Autor:
Professor Dr. Udo Di Fabio lehrt Öffentliches Recht an der Universität Bonn und ist Bundesverfassungsrichter a. D.

Eines zeichnet jedenfalls jene neue, dezentralisierte, in verschiedene Verständigungshorizonte fragmentierte und dann als Schwarmtendenz doch wieder global verbundene „öffentliche Meinung" aus: Man diskutiert nicht sosehr miteinander, sondern prangert an, beschuldigt, verurteilt. Moral, Angst und Wut docken an bestimmte Begriffe und Positionen an. Wenn Bundeskanzlerin Merkel sagt, Deutschland sei stark und schütze die Würde der Menschen auf unserem Territorium, rufen die einen „Volksverräter". Wenn konservative Politiker von unkontrollierter Masseneinwanderung sprechen, sehen andere darin die Sprache des Rassismus am Werk. Auch Schweigen wird zum Vorwurf gemacht. Verschwörungstheorien, einfache Welterklärungen, Selbstanklagen und Versagensbezichtigungen machen ihre schnelle Runde.

Was bei alldem praktisch ausfällt, ist eine kühle Sachdebatte, die Mitleiden nicht verdrängt, aber umsichtig nach Lösungen sucht. Einsicht in Funktionsvoraussetzungen des westlichen Gesellschaftsmodells, Gespür für Institutionen: Das ist Mangelware. Auch politische Parteien kommen kaum dazu, eine vernünftige Position zu formulieren und dann konsistent zu vertreten, weil Stimmungen wie hohe Wellen wirken, auf denen Politik allenfalls geschickt surfen, die sie aber nicht richtig eindämmen und in Sachdebatten kanalisieren kann. Verbreitet ist die Angst vor Stimmungen, die noch gar nicht auf dem Spielplan stehen, die gleichsam noch unterwegs sind. Während manche Beobachter eine gewaltige Linksverschiebung im politischen Meinungsspektrum diagnostizieren, sehen andere einen verborgen wirksamen oder unmittelbar bevorstehenden Rechtsruck, sollte sich die Stimmung angesichts ungebrochener Einwanderungsströme drehen: von der Willkommenskultur zum Rechtsterrorismus oder zum Aufruhr? Ist Viktor Orbán der heimliche Held derjenigen, die sich nicht trauen, etwas zu sagen? Man kann politisch diagnostizieren, dass sich Europa mit Schengen und Dublin selbst eine Falle gestellt hat. Die Verwirklichung der Idee, Binnengrenzen nicht nur als Zollgrenzen, sondern auch für Personenkontrollen abzuschaffen, setzte ihr Vertrauen darauf, dass diese Funktionen ja an der Außengrenze der Union wahrgenommen werden. Doch das nationale Interesse der Grenzstaaten, die Außengrenze der Union zu überwachen oder Zugänge zu verweigern, schwindet, wenn man Einwanderungswillige unregistriert in Länder mit hoher Migrationsattraktivität „durchleiten" kann. Sollten die Migrationsströme anhalten oder sich verstärken, kann dieser Zustand nicht von Dauer sein, ohne das Fundament Europas und die Funktionsfähigkeit sozialer Rechtsstaaten zu gefährden.

Die beiden Handlungsmöglichkeiten im Blick auf die praktische Erhaltung territorialer Grenzen in Europa scheinen auf der Hand zu liegen: entweder Zentralisierung der Grenzsicherung für die Außengrenze oder unbefristete Aussetzung des Schengen-Systems mit einer Rückkehr zur nationalen Grenzsicherung. Der Zentralisierungsweg klingt eigentlich einfach und einleuchtend: Aufbau eines Unionsgrenzschutzes, der maritim, in der Luft und zu Lande das Mittelmeer und quer durch den Balkan die nichtlineare Außengrenze praktisch beherrscht, Kontrollstellen einrichtet, Grenzzäune unterhält. Die nationale Grenzsicherung träte ins zweite Glied oder würde komplett verdrängt. Das hieße, eine paramilitärische Streitmacht von erheblichem Gewicht ins Leben zu rufen. Wo

kommen dafür Beamte, Ausrüstung und die Bereitschaft zur Einschränkung von Hoheitsrechten her? Wer trägt die politische Verantwortung für das Handeln, wenn dabei Menschen verletzt oder getötet werden? Die Aussetzung des Schengen-Systems und die Rückkehr zur nationalen Grenzsicherung wäre technisch leichter möglich, weil die Ressourcen in den Staaten entweder vorhanden sind oder mobilisierbar wären; aber auch das würde neue Spannungen entstehen lassen, und es wäre das politische Eingeständnis eines Scheiterns mit Folgen für die europäische Einigungspsychologie.

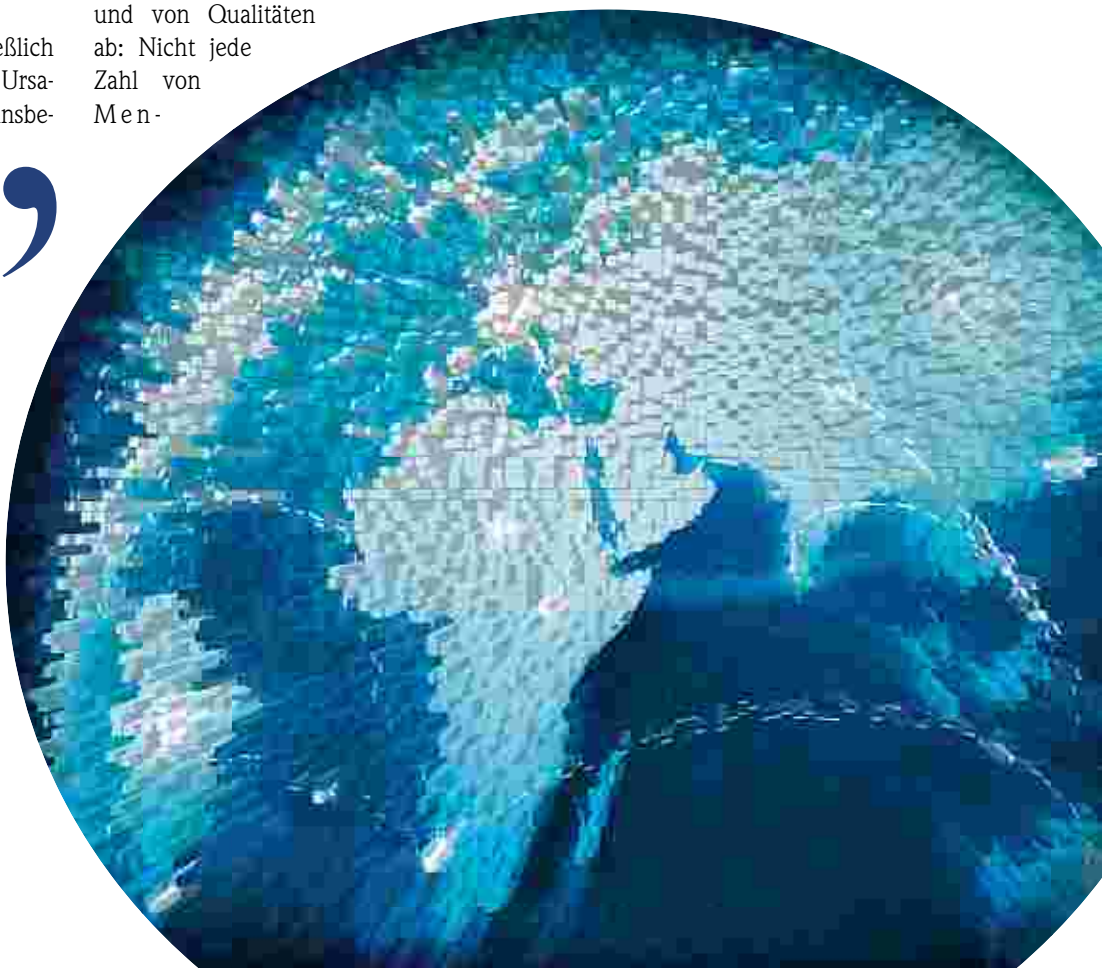
Wenn also in absehbarer Zeit die Rückkehr zu kontrollierbaren Staatsgrenzen nicht zu erwarten ist, dann gewinnt die von manchen Politikern in Mitgliedstaaten angestoßene Diskussion über die Verminderung von sozialpolitischen Anreizsystemen an Bedeutung. Subkutan gibt es bereits heute einen negativen Standortwettbewerb bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Einwanderungswilligen. Wer unbequeme Lager einrichtet, keine Geldleistungen gewährt und auch ansonsten wenig freundlich auftritt, wird als Land gemieden und nur zum Transit genutzt. Wer sich dagegen an diesem „race to the bottom" nicht oder nicht rasch genug beteiligt, wird zum bevorzugten Ziel der Migrationsströme. Auch hier dürfte sich eine europäische Koordinierung oder gar Harmonisierung als steinig, wenn nicht aussichtslos erweisen.

Als besonders schwierig darf schließlich eine kausale Strategie gelten, die die Ursachen der Migrationsbewegungen insbesondere im Nahen Osten bekämpfen will. Wer glaubt noch an den Aufbau halbwegs geordneter Staaten, Rechtsstaaten gar? Wer sollte die Ordnungsmacht dafür sein? Ist das vielleicht der heimliche Hintergrund eines militärischen Engagements Russlands in Syrien? Will Putin dem Westen zeigen, wie man Stabilität in robuster Weise dort herstellt, wo Amerikaner seit ihrer Irak-Invasion und handlungsunfähige Europäer nur Ordnungszerfall zu verantworten haben?

So bleibt, neben Fatalismus, als die wahrscheinlichste politische Lösung eine Mixtur aus allen drei Wegen in niedriger und vermutlich wenig wirksamer Dosierung: bessere Grenzsicherung, Verminderung von ökonomischen Einwanderungsanreizen und regionale Stabilisierung. Es bleibt aber auch die Möglichkeit, das ohnehin Unvermeidliche als Chance zu begreifen. Wenn es gelingen sollte, die Mehrzahl der Ankommenden, möglichst alle Einwanderer, die bleiben dürfen, in unsere Republik zu integrieren, sie zu qualifizieren, ihnen den Arbeitsmarkt zu öffnen, dann könnte das alternde Deutschland sogar Nutzen aus diesem Problem ziehen. Jede Krise kennt schließlich nicht nur Verlierer. Aber auch diese zupackende optimistische und richtige Sicht darf nicht illusionär ins Angebot gelangen, sondern muss Wirklichkeiten zur Kenntnis nehmen. Integrationsfähigkeit hängt von Quantitäten und von Qualitäten ab: Nicht jede Zahl von Menschen kann aufgenommen werden. Für Asyl bei nachweisbarer politischer Verfolgung oder bei Flucht vor Krieg oder Völkermord gibt es keine Obergrenze der Hilfe, wohl aber das Gebot fairer Verteilung im europäischen Raum und die Pflicht, im Einzelfall die Voraussetzungen zu prüfen. Ansonsten dürfen und müssen einwanderungspolitische Belange berücksichtigt werden. Das hat nichts mit billiger „Boot-ist-voll-Rhetorik" zu tun, sondern mit tatsächlichen Kapazitätsgrenzen für menschenwürdige Aufnahme und gelingende Integration.

Dabei sind blanke Zahlen nicht alles, es geht auch um Mentalitäten und soziokulturelle Prägungen sowohl der Einwanderer wie der aufnehmenden Gesellschaft. Ein aktives Einwanderungsland muss umso mehr auf die Einhaltung von rechtlichen Wegen bestehen, sollte also nicht den Rechtsstaat mitsamt seinen Statusdifferenzierungen und Verfahren aktionistisch über Bord werfen. Die deutliche Sichtbarmachung unserer freiheitlichen, gleichberechtigenden Werteordnung ist ein zentrales Thema. Insofern darf auch Anpassungsbereitschaft der Ankommenden verlangt werden. Es sollte auch nicht in den Hintergrund treten, dass dieses Land eine Arbeits- und Leistungsgesellschaft ist. Schließlich sollte bei der Einschätzung der Integrati-

> Die Eliten Europas bangen um das große Projekt der politischen Union, die bei aufkeimendem Populismus in den Staaten manchmal wie die einst berühmte Dame ohne Unterleib wirkt. Handfeste nationale Egoismen sind zurück.



onskraft eines Landes ein Punkt nicht vergessen werden – darauf hat auch Margot Käßmann mit ihrer Faustformel „Nur leere Kirchen machen Angst vor vollen Moscheen" jüngst hingewiesen. Eine Gesellschaft, die ihre eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln nicht pflegt, die ihr Land und ihre Identität nicht bejaht, eine Gesellschaft, die nicht mit eigenen Kindern optimistisch und pragmatisch nach vorne schaut, eine solche Gesellschaft reagiert auf Veränderung eher ängstlich. Vor allem wird sie als Integrationsziel für die Hinzukommenden auf Dauer nicht anziehend, nicht ansteckend wirken. Gelingende Einwanderungskulturen sehen anders aus.

In der aktuellen Einwanderungskrise kommt noch eine andere Dimension zum Vorschein, die über praktische Politik und den Zustand der Gesellschaft hinausreicht. Es geht um etwas Ideelles und etwas Normatives, es geht auch um die eigene Wertegrundlage und öffentliche Moral. Wenn Politik aus sachlichen Zwängen heraus nicht konsistent handlungsfähig sein kann, entsteht ein Akzeptanzproblem. Angesichts der offenen, der prekären Lage wäre es fatal, wenn dumpfe Ängste und Ressentiments auf der einen Seite oder aber selbstgefällige Tugendwächter auf der anderen Seite die Herrschaft über die politische Willensbildung gewönnen. Als Leitplanken für den Weg in die Zukunft bieten sich unsere Republik, unsere Verfassungsordnung, ja auch die europäische Idee als viel geeigneter an; nicht als Ersatz für praktische Politik, aber als Orientierung.

Was sagt unsere Werteordnung zu Wanderungsbewegungen in einer durchlässigen Welt? Trifft nicht die wohlhabende Bundesrepublik, zumal im langen Schatten ihrer Geschichte, eine zumindest sittliche besondere Pflicht, Menschen in Not zu helfen? Müssen wir, wenn ganze Regionen wie der Nahe Osten als politische Ordnungen zerfallen, nicht notfalls zusammenrücken, teilen und Risiken in Kauf nehmen? Verleihen die universellen Menschenrechte nicht ein Recht auf freie Niederlassung weltweit, zumal wenn in der Heimat Krieg, Not und Entrechtung herrschen? Dürfen sich Demokratien wie Ungarn, die Schweiz, England oder die Vereinigten Staaten überhaupt mit Grenzen umzäunen und zurückweisen, wer nicht erwünscht ist? Dürfen wir Menschen abschieben, die keinen Aufenthaltstitel vorweisen können? Manch große Vereinfacher halten das ganze Ausländerrecht mit seinen Differenzierungen und Statusfragen für überholt. Für manche Enthusiasten will jeder Grenzzaun wie altbackener Partikularismus erscheinen, auch wenn Demokratien ihn errichten: „Öffnet die Grenzen, wo sie bestehen, lasst sie offen, wo sie ohnehin nichts bewirken."

Die Staatsrechtslehre spricht schon seit längerem vom offenen Staat. Das Grundgesetz hat in der Tat nicht einen geschlossenen Handelsstaat oder den alten Machtstaat verfasst, sondern eine Republik, die „von dem Willen beseelt" ist, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen" – so die Präambel. Das Neue an dieser offenen Konzeption lag aber nicht in einem Niederreißen der Grenzzäune, sondern zielte auf die Gestaltung eines weltoffenen Europas, in dem Grenzen einfach nicht mehr so bedeutsam sein sollten, weil man anderen Nationen näher rückt, das Trennende beseitigt. Europa als Staatengemeinschaft wollte ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts werden, in dem Binnengrenzen ihre Bedeutung verlieren. Im Europa der sechs Gründungsmitglieder lag hier kein sonderliches Problem. Die Frage ist, ob dieser Gedanke auch in der heutigen Situation der bislang noch 28 Staaten mit ihren sehr heterogenen gesellschaftlichen Bedingungen und Mentalitäten noch vollständig trägt.

Auf gemeinsame Grundverständnisse kommt es auch im europäischen Verbund an, wenn das Konzept einer Konvergenz füreinander geöffneter Staaten aufgehen soll. Als 1949 das Grundgesetz in Kraft trat, wollten die Deutschen Teil jenes freien Westens werden, der mit der Atlantikcharta und der Gründung der Vereinten Nationen unter der Führung der Vereinigten Staaten entstand. Diesen brennenden Wunsch formuliert das Ziel der Präambel, dass das zusammenwachsende Europa die Welt friedlich und nach der Idee von Würde und Freiheit des Menschen gestaltet. Neue geopolitische Konstellationen, Radikalisierung, Zerfall von Ordnungen, die Rückkehr der Gewalt innerhalb Europas und der Druck auf die Außengrenzen der Union sind ein herber Rückschlag für das große Ziel einer Weltrepublik oder doch zumindest einer globalen Föderalität, wie es in der Präambel seinen hoffnungsfrohen Anklang findet. So kann der seit der Aufklärung und der Französischen Revolution sichtbare Widerspruch zwischen der Universalität der angeborenen Menschenrechte und der Notwendigkeit eines abgrenzbaren, beherrschbaren Staates, in dem sich die Rechte als Grundrechte entfalten können, nicht allmählich verblassen und schließlich überwunden werden; er bleibt bestehen, und er muss konstruktiv entwickelt werden. Das Konzept des offenen Staates muss sich jetzt bewähren.

Ein offener Staat, der die Disposition über seine Grenzen aufgibt, mag offen sein, wird aber kein Staat bleiben können. Der Staat des Grundgesetzes löst sich von allem Heroismus staatlichen Denkens, von jeder Staatsmetaphysik und begründet ihn rein funktionell als den notwendigen Ordnungsraum, damit alle Bürger sich unter Achtung ihrer Würde frei entfalten können und jeder Mensch im Staatsgebiet human behandelt wird. Doch damit die Universalität der Menschenrechte sich im grundrechtlichen Raum entfalten kann, bedarf es der Partikularität eines prinzipiell abschließbaren Staatsgebietes. Das lehrt bereits die klassische Drei-Elemente-Lehre, die den Staat charakterisiert als beständige Herrschaftsgewalt über die Bewohner eines definierten Gebietes. Formal gesehen, entscheidet unter den Bedingungen demokratischer Selbstregierung die Mehrheit darüber, wer eingebürgert wird und wer sich auf dem Territorium rechtmäßig aufhalten darf. Materiell hängt der Verfassungsstaat von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen ab, über die auch die Mehrheit sich nicht ohne Schaden hinwegsetzen kann.

Gerade an diesem Punkt der Einschätzung, wann die Verfassungsvoraussetzungen durch Überlastung der Infrastruktur oder durch kulturelle Fragmentierung gefährdet sind, ist Deutschland heute deutlich offener und risikobereiter als andere. Es steht gemeinsam mit einigen wenigen Ländern wie Schweden an der Weltspitze der Aufnahmebereitschaft. Wer ehrlich ist, wird zugeben müssen, dass man das einer Nation wohl kaum zugetraut hätte, die einst mit dem Wahn der rassisch homogenen Volksgemeinschaft Krieg und Völkermord rechtfertigte. Aber gleich, wie man Grenzen der Aufnahmefähigkeit definiert und rechtliche Auswahlverfahren wählt: Ohne Grenzen und Begrenzbarkeit entfällt eine zentrale Voraussetzung des offenen Verfassungsstaates, ein funktionell beherrschbarer Personenverband zu sein, schon, um seine Schutz- und Ordnungsfunktion berechenbar zu gewährleisten. Niemand kommt um diesen dialektischen Wider-

spruch zwischen Öffnung und Begrenzung herum, weder theoretisch noch faktisch. Die eigentliche, die substanzielle Enttäuschung liegt darin, dass der Traum vom positiven „Ende der Geschichte" bis auf weiteres ausgeträumt scheint. Der Westen mag immer noch wirtschaftlich, technisch, kulturell dominant sein, aber er zeigt sich unfähig, sein Gesellschaftsmodell so bruchlos zu globalisieren, wie man sich das nach dem Zerfall der Sowjetunion vorgestellt hatte. Verfassungsstaaten mit ihren anspruchsvollen Funktionsvoraussetzungen verbreiten sich keineswegs automatisch in Europa und in der Welt, und sie müssen auch nicht auf immer stabil bleiben. Das geopolitische Kardinalproblem liegt im Staatenzerfall, in der Erosion demokratischer und merkantiler Kulturen. Funktionsstörungen im System der Marktwirtschaft, Korruption, die Schwächung von Gemeinschaftsressourcen und tragenden Institutionen zeigen sich ansatzweise auch in aufgeklärten westlichen Gesellschaften. In Afrika und Asien haben viele Nationalkulturen ihre Orientierung an einem vernünftigen Leitbild politischer und gesellschaftlicher Organisation entweder noch nicht gefunden oder unter dem Einfluss von Fanatismus, Rivalitäten und alltagsweltlicher Orientierungsverluste wieder verloren. Afghanistan, Syrien, der Irak oder Libyen zerfallen als Staaten, machen den Weg frei für Willkür, organisierte Kriminalität, Gewalt und Fanatismus. Nach der ansatzhaften Demokratisierung Nigerias brach der religiöse Konflikt aus, heute terrorisiert ein gewalttätiger Islam einen Teil des Landes. Überall, wo staatliche Ordnungen zerfallen oder korrupt werden, fehlt es an der verlässlichen Instanz, die die unantastbare Würde des Menschen wirksam zu schützen versteht. Wenn die Perspektive auf Frieden, Freiheit und Wohlstand schwindet, mehrt sich die Bereitschaft, zu gehen, ein Land zu verlassen. Ohne intakten Verfassungsstaat, und das möglichst weit verbreitet und als Modell funktionsfähig, gibt es keine Aussicht auf den aufrechten Gang des Menschen und den Schutz der Schwachen. Spontane Hilfe für jeden Einzelnen, der in Not gerät, der hilfsbedürftig an die Tür klopft, ist ein charakteristischer Wesenszug westlicher Gesellschaften, die nicht nur nach der Beobachtung des kanadischen Philosophen Charles Taylor das Konzept der christlichen Nächstenliebe säkularisiert haben. Aber zur westlichen Identität und Geschichte gehört auch jene Verklammerung von privatem und zivilgesellschaftlichem Engagement auf der einen mit der rechtsstaatlichen Organisation einer Demokratie auf der anderen Seite.

> Die eigentliche, substanzielle Enttäuschung liegt darin, dass der Traum vom positiven „Ende der Geschichte" bis auf weiteres ausgeträumt scheint.

Das Konzept der Bedeutungsverminderung von Grenzen durch Angleichung der Lebensverhältnisse und der gesellschaftlichen Bedingungen scheint bis auf weiteres gescheitert; zumindest erleben wir einen fühlbaren Rückschlag. Die auch innerhalb westlicher Gesellschaften immer wieder anzutreffende Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats oder die Gleichgültigkeit ihm gegenüber ist brandgefährlich. Wir brauchen in Deutschland heute nicht die Attitüde der Bekämpfung des Obrigkeitsstaates, sondern ein aktives Engagement für die vom Grundgesetz verfasste Republik als Rechtsstaat. Wer in geordneten Asylverfahren oder in gesetzlich angeordneten Abschiebungen nur westlichen Abschottungsegoismus sieht und diese mit der Moralkeule als illegitim anprangert, der nimmt dieser Republik jene unersetzliche Legitimität, die eine Zivilgesellschaft später nicht mehr aus eigener Kraft spenden kann. Wer – in einem ganz anderen politischen Lager – mit heimlicher Sympathie für einen autoritären National-Putinismus gar den Hass gegen Menschen und das demokratische System schürt, der wird gewiss nicht die alte, kulturell homogenere Bundesrepublik zurückbekommen. Er wird aus dieser Saat Gewalt und schlimmstenfalls Bürgerkrieg ernten.

Es gilt, nüchtern auf die Grundlagen der westlichen Zivilisation zu schauen. Der Westen als Gesellschaftsmodell mag heute schwanken oder gar im Niedergang befindlich scheinen, aber er hat keine wirklichen Systemkonkurrenten, weder in China, in Russland, in Venezuela noch im Iran. Die Kräfte einer freien Gesellschaft sind enorm, wenn sie weiß, wie sie wurde, was sie sein will und was ihr normativer Kern ist. Der Westen schien schon einmal schwach und angezählt. Auf der Pariser Weltausstellung 1937 im Schatten des Spanischen Bürgerkrieges, stalinistischer „Säuberungen", der japanischen Besetzung Chinas und deutscher Aufrüstung sahen viele Besucher in den Pavillons von Albert Speer und Boris M. Iofan die Zukunft der Welt: Der deutsche und der russische Pavillon wurden mit Goldmedaillen ausgezeichnet. Doch das Kalkül der Diktatoren vom schwachen, dekadenten Westen war falsch. Nur dieses Gesellschaftsmodell erwies sich als dauerhaft: jene Zivilisation, die von der unantastbaren Würde des Menschen und der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit ihren Ausgangspunkt nimmt, die über alle Krisen hinweg daran entschieden festhält. ■

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.09.2015
© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt

Flüchtlingspolitik/Migration:

Eine große Illusion?

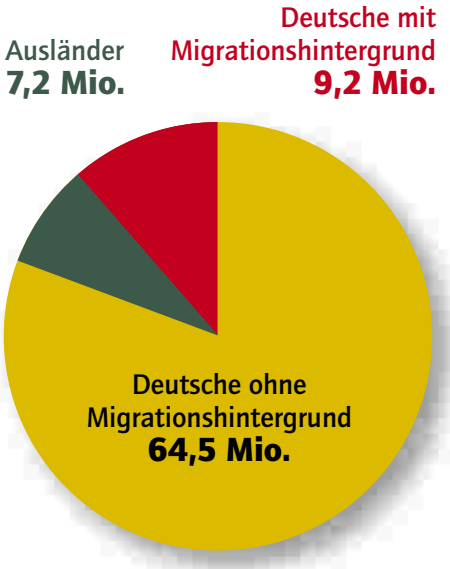
Das Flüchtlingsproblem spaltet die Bevölkerung. Viele Bürger sind besorgt und stehen dem Massenansturm kritisch bis ablehnend gegenüber, andere halten dessen Bewältigung für eine humanitäre Pflichtaufgabe. Doch ist die Integration von Millionen Flüchtlingen eine naive Illusion? Ein historischer Rückblick und einige wichtige Hintergründe ...

Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Wellen von Zuwanderungen mit sehr unterschiedlichem Erfolg bei der Integration erlebt. Zuerst kamen die Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches. Später, in der zweiten Hälfte der 60er Jahre und anfangs der 70er Jahre waren es die angeworbenen Gastarbeiter bis zum Anwerbestopp von 1973. Dem schloss sich Ende der 90-er Jahre nach dem Ende der kommunistischen Regime eine Zuzugswelle aus Osteuropa an. Die jüngste Welle ist nun die aus den Bürgerkriegsländern und der Wirtschaftsflüchtlinge aus Armutsländern, vor allem aus dem Balkan und aus Syrien, Afghanistan, Irak und vielen Ländern Afrikas.

Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland lag bereits 2014 bei 16,4 Millionen, weil sehr viele Ausländer seit ihrer Ankunft die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen haben und durch Geburten viele mit dieser Staatsangehörigkeit dazugekommen sind.

Die Integration der ersten Welle aus dem gleichen Kulturkreis und mit gleichem Ausbildungsstand verlief trotz der damals teils chaotischen Zustände der Nachkriegstage erfolgreich, auch wenn die Flüchtlinge aus den Ostgebieten durchaus auf Widerstand bei der heimischen Bevölkerung stießen. Insgesamt gab es 1950 in der Bundesrepublik und der DDR 12,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Deren Integration zahlte sich auf der Westseite des Eisernen Vorhangs als eine entscheidende Komponente des Wirtschaftswunders für die Bundesrepublik aus.

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die 1950- und 1960er Jahre waren dann durch die gezielte Anwerbung der „Gastarbeiter“ aus dem Mittelmeerraum gekennzeichnet. Der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in Deutschland wuchs im Zuge der Anwerbepolitik von 1,2 % im Jahr 1960 auf über 4,9 % 1970. Zum Zeitpunkt des Anwerbestopps 1973 waren ca. 2,6 Mio. ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik beschäftigt. Das „Rotationsprinzip” funktionierte jedoch nicht, und die Aufenthaltszeiten der angeworbenen ausländischen Beschäftigten verlängerten sich zusehends, sodass nach einigen Jahren der Nachzug von Familienangehörigen einsetzte. Dabei war die Integration der Gastarbeiter aus den südlichen Ländern der EU, vor allem aus Italien, Spanien und Portugal, kein größeres Problem, zumal die meisten nicht dauerhaft bleiben wollten und später zum großen Teil wieder zurückwanderten. Dagegen gelang es nur bedingt, die bei weitem größte Gruppe der Gastarbeiter, nämlich die aus der Türkei, zu integrieren, da sie als Muslime aus dem kulturell völlig anderen Anatolien mit meist geringem Qualifikationsniveau kamen. Sie leben vorzugsweise in Deutschlands Großstädten, meist konzentriert in Ghettos hinter Sprachbarrieren, und bilden zu großen Teilen eine Parallelgesellschaft mit hoher Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen. Trotz Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und der nun oft schon in der zweiten Generation in Deutschland lebenden Migranten mit türkischem Hintergrund betrachten von ihnen nur 15 % Deutschland als ihre alleinige Heimat. Umfragen von Meinungsforschungsinstituten belegen das erstaunliche Phänomen, dass die zweite Generation in der Regel noch weniger integrationsbereit ist als die erste. Die Zuzüge aus den ehemals kommunistischen Ländern des Ostens und vom Balkan verliefen zunächst relativ problemlos, da es meist keine größeren kulturellen Unterschiede, dafür aber eine hohe Motivation zur Integration, gab. Dabei flüchteten allein 1992 wegen der Kriege in Ex-Jugoslawien 630.000 Asylsuchende nach Europa, die meisten auch damals nach Deutschland. Die Russlanddeutschen erhielten sofort die

deutsche Staatsbürgerschaft. Zwischen 1989 und 1993 ergab sich so für Deutschland ein positiver Wanderungssaldo von 3,2 Mio. Menschen. In der Folge aber zeigte sich, dass ein Teil der zweiten Generation dieser Zuwanderer sich weder Deutschland noch der ursprünglichen Heimat zugehörig fühlt, was örtlich zu Problemen mit diesen jungen Heranwachsenden führte und führt.

Die Welle an Immigration, die jetzt zu bewältigen ist, kommt vorwiegend aus islamischen Ländern des Balkans, aus Syrien, Afghanistan und einigen Ländern in Afrika. Hier sind die kulturellen, religiösen und sprachlichen Hürden für eine Integration wieder sehr hoch. Der berufliche Ausbildungsstand ist sehr unterschiedlich und bisher schwer zu erfassen. Die immer wieder vorgeführten Ingenieure und Ärzte oder Studenten aus Syrien sind wahrscheinlich eine etwas einseitige Auswahl, auch wenn schon die hohen Kosten der Reise bisher eher Vertreter der Mittelklasse zu uns spülen und das syrische Bildungssystem als für die arabische Welt vorbildlich gilt. Vor allem droht diese Welle, wenn sie sich fortsetzt und viele andere in Bürgerkriegen befangene Völkerschaften mitzieht, weit höher zu werden als alle seit den 60er Jahren. Die Nachholung der Familien und eine vergleichsweise hohe Geburtenrate werden in den kommenden Jahren noch als Verstärker wirken. Damit drohen ähnliche Integrationsprobleme wie bei den früheren Gastarbeitern und ihren Familien aus der Türkei. Dazu kommen nun noch mehrere zusätzliche Schwierigkeiten, die es so früher nicht gab.

Die deutsche Infrastruktur ist heute hinsichtlich der verfügbaren Wohnungen zu bezahlbaren Mieten und der Ausstattung der Schulen in keinem guten Zustand. Durch die Agenda-Reformen der Schröder-Regierung und die fortschreitende Automatisierung und Arbeitsplatzverlagerung in Billigländer hat Deutschland heute einen großen Niedriglohnsektor, einen hohen Anteil unsicherer Arbeitsplatzverhältnisse mit Teil- und Probezeiten sowie eine hohe Arbeitslosenquote von 22 % in West- und 34 % in Ostdeutschland bei den einheimischen Niedrigqualifizierten, die 41 % aller Arbeitslosen stellen. Damit dürfte es hier zu einer starken Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zuwanderern kommen, mit entsprechenden Ablehnungseffekten in der bedrängten heimischen Bevölkerung, die die Integration zusätzlich erschweren werden. Sollte nun noch der Arbeitsmarkt kippen, was jederzeit angesichts der weltweiten Krisenlage möglich ist, so wird sich die sozial gefährliche Konkurrenzlage in höher qualifizierte Berufsgruppen ausdehnen. Die Arbeitslosenzahlen würden auch von den Immigranten immer höher getrieben.

Die Armutsquote unter Menschen mit Migrationshintergrund ist schon jetzt sehr hoch und beträgt mehr als das Doppelte der heimischen Bevölkerung. Der Anteil derer, die von öffentlicher Unterstützung leben, ist mehr als doppelt so hoch; von eigener Arbeit leben nur 39 %, mit türkischem Hintergrund sogar nur 33 %. Ohne eigene Arbeit lassen sich die Immigranten aber kaum integrieren. Vor allem Frauen mit muslimischem Hintergrund sind oft sehr schlecht ausgebildet und dementsprechend arbeitslos.

Angesichts der Dauerhaftigkeit von Bürgerkriegen und Armut in den meisten Herkunftsländern werden die Zuwanderer ihre Familien nachholen und sich dauerhaft in Deutschland einrichten wollen. Weitere Bürgerkriege mit ähnlichen Folgen werden immer wieder ausbrechen. Die Aufnahme der Flüchtlinge aus Syrien hat ein überall registriertes Beispiel gesetzt. Anders als in Zeiten früherer Migrationswellen ist zudem heute der größte Teil Westeuropas in erheblich schlechterem Zustand als Deutschland, was die Migration auf Deutschland und wenige andere Länder konzentriert. In Deutschland kommen die neuen Immigranten noch auf ein ohnehin hohes Niveau obendrauf. Im 1. Halbjahr 2015 hat Deutschland mit 31 % weitaus den größten Anteil aller Asylbewerber unter den Ländern der OECD aufgenommen.

Diese Zahlen, Daten, Fakten lassen erahnen, vor welche Aufgaben Deutschland gestellt sein wird. Auch der Versuch der Umverteilung auf möglichst viele europäische Staaten wird wohl kaum spürbare Entlastung schaffen. Denn selbst bei der jüngst beschlossenen Umverteilung von gerade einmal 120.000 Flüchtlingen mussten vier osteuropäische Staaten überstimmt werden und werden sich vermutlich der Umsetzung des Beschlusses widersetzen (Finnland enthielt sich). Dabei muss Deutschland von den 50.400 aus Griechenland und Italien Umzuverteilenden noch einmal selbst den Löwenanteil von 13.009 Flüchtlingen aufnehmen; hinzu kommt dann für Deutschland noch ein entsprechender Anteil von den noch im Detail umzuverteilenden restlichen 54.000 Flüchtlingen. ■

Quelle: www.jjahnke.net – rundbrief 3370 vom 23.9.2015
Bearbeitung: Andreas Oberholz

Der Autor des Rundbriefes, **Joachim Jahnke**, war u.a. im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn tätig und von 1993 bis 2002 Abteilungsleiter und Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London. Seit 2005 ist er Autor mehrerer Bücher zur Globalisierung und betreibt ein Internetportal namens Infoportal Deutschland & Globalisierung. Von ihm erscheint in Kürze ein weiteres, etwa 80-seitiges Taschenbuch mit dem Titel „Die zweite Völkerwanderung hat begonnen". Interessenten können sich dafür unverbindlich anmelden unter: www.app.icontact.com/icp/sub/survey/start?sid=3380&cid=668388

Armutsquoten: Anteile an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2014 in Prozent

Ohne Migrationshintergrund	**12,5**
Mit Migrationshintergrund	**26,7**
Griechenland	**27,8**
Ehemaliges Jugoslawien	**27,8**
Naher und Mittlerer Osten	**32,9**
Türkei	**34,5**
Serbien	**35,7**
Süd- und Südostasien	**40,3**
Afrika	**41,8**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1-2.2

Aufnahme von Asylbewerbern im 1. Halbjahr 2015 in Prozent

Deutschland	31,0 %
Ungarn	13,0 %
USA	11,0 %
Türkei	9,0 %
Frankreich	6,0 %
Italien	6,0 %
Österreich	5,0 %
Schweden	5,0 %
Großbritannien	3,0 %
Andere OECD	11,0 %

Quelle: OECD

Flüchtlingspolitik/Migration:

Denkverbote oder **offene** Diskussion?

Die Bundesrepublik bewegt sich, dieser Eindruck drängt sich auf, auf eine schwere Staatskrise zu. Ein Beitrag von Professor Ronald G. Asch.

Der Bundesregierung ist die Kontrolle über die Außengrenzen des Staates gänzlich entglitten. Grundsätzlich hat man diese Kontrolle natürlich ohnehin weitgehend an die EU abgegeben, die als Ganzes für ihre Außengrenzen zuständig ist. Nur, diese Außengrenzen der EU lassen sich eben auch nicht kontrollieren, jedenfalls nicht mit den bislang zur Verfügung stehenden Mitteln, und der Wille, die Lasten, die sich aus dieser Unfähigkeit zu einer wie immer gearteten Grenzkontrolle ergeben, auch nur ansatzweise gemeinsam und solidarisch zu tragen, dieser Wille fehlt weitgehend, wie die vergangenen Tage einmal mehr in wenig überraschender Weise gezeigt haben. Zwar ist die Rhetorik in Paris hier eine andere als, sagen wir, in Prag oder London, aber auch in Frankreich wird man froh sein, dass Deutschland zusammen mit einer sehr überschaubaren Zahl von anderen Ländern die Zuständigkeit für die Versorgung und Integration der immer größeren Zahl von Flüchtlingen und Einwanderern einstweilen nahezu allein übernommen hat. Mit wirksamer Unterstützung durch seine Nachbarn wird Deutschland bis auf weiteres nicht rechnen können.

Es gibt realistisch gesehen für uns nur zwei Möglichkeiten auf diese Krise, die im nächsten Jahr, nach Ende des Winters, mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter eskalieren wird, zu reagieren. Entweder man sucht nach Möglichkeiten, durch eigenes Handeln auf nationaler Ebene Deutschland als Einwanderungsland zumindest für bestimmte Kategorien von Migranten unattraktiver zu machen und zugleich ein Minimum von Kontrolle über die eigenen Grenzen zurückzugewinnen, oder aber man baut den Staat so um, dass man auch mit einer regelmäßigen Nettoeinwanderung von, sagen wir, bis zu 1,5 Millionen Menschen pro Jahr aus der ganzen Welt (hier ist der Familiennachzug mitzuberücksichtigen, insoweit wären auch noch höhere Zahlen denkbar) die nächsten zehn Jahre einigermaßen über die Runden kommt. Unrealistisch sind solche Zahlen nicht, wenn man davon ausgeht, dass jetzt im gesamten Nahen und Mittleren Osten, dazu aber auch noch in Afghanistan und Pakistan sowie etlichen afrikanischen Ländern, eine große Auswanderungswelle einsetzt, die teils wirtschaftlich bedingt ist, teils wie in Syrien aber auch das Resultat kriegerischer Verwicklungen ist, die ganze Länder nahezu unbewohnbar gemacht haben.

In Zukunft mehr soziale Ungleichheit?

Lässt sich eine Einwanderung von ca. zehn Millionen Menschen bis, sagen wir, 2022 verkraften? Denkbar ist das schon – es hat in der Geschichte auch schon früher vergleichbare Wanderungsbewegungen unter allerdings ganz anderen Voraussetzungen gegeben – aber dazu muss man die gesamte Gesellschaft und den Sozialstaat umbauen. Man brauchte einen sehr viel flexibleren Arbeitsmarkt mit einem größeren Dienstleistungssektor –, etwa wie in Großbritannien - und man wird den Sozialstaat stark zurückbauen müssen, weil es zumindest in einer sehr langen Übergangszeit einfach zu viele Bedürftige geben wird und der Sozialstaat unter den Bedingungen des faktisch vollständigen Wegfalls von Staatsgrenzen auch die falschen Anreize setzt. Das heißt auch, dass man in Zukunft ein noch sehr viel größeres Maß an sozialer Ungleichheit wird akzeptieren müssen als jetzt, ähnlich wie im klassischen Einwanderungsland Amerika, das im Übrigen freilich durchaus dazu in der Lage ist, einen erheblichen Teil der Immigration mit Blick auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu steuern, mag die Grenze zu Mexiko auch relativ porös sein.

Zu den sozialpolitischen Integrationsproblemen kommen auch noch kulturelle hinzu, die man nicht wird ignorieren kön-

nen. Es wird vermutlich doch deutliche Spannungen zwischen dem Gesellschaftsverständnis eines mehr oder weniger konservativen Islam, dem sich etliche Einwanderer zumindest zunächst verpflichtet fühlen werden, und dem ganz anders gelagerten Lebensgefühl einer stark individualisierten und säkularisierten westlichen Gesellschaft geben. Von den residual unsere Gesellschaft doch immer noch prägenden christlichen Traditionen, deren enthusiastische Konkursverwalter die gegenwärtigen Amtskirchen sind, wollen wir hier einmal ganz absehen, aber auch sie stellen einstweilen noch ein Problem in einer Situation dar, in der man Einwanderern grundsätzlich keine Anpassung an eine fremde Kultur zumuten will, auch wenn dies in 30 Jahren wohl nicht mehr der Fall sein wird, da dann das Christentum nur noch eine Nischenexistenz führen wird.

Mit welchem Deutschland sollen sich Einwanderer identifizieren?

Generell stellt sich die Frage, welches Identifikationsangebot man den Immigranten machen will. Dieses Identifikationsangebot kann nicht nur im Grundgesetz bestehen, das zwar nicht so spröde ist wie die Straßenverkehrsordnung, aber doch für sich genommen zu wenig emotionale Bindungskraft aufweist. Rechtliche Normen können überdies nur dann im Alltag wirksam werden, wenn sie Wurzeln in vorpolitischen Verhaltensdispositionen und historischen Erfahrungen haben. Im Falle des Grundgesetzes ist das im letzteren Fall ganz maßgeblich der moralisch-politische Zusammenbruch Deutschlands in den Jahren 1933-45, der in einer namenlosen Katastrophe endete. Allerdings gerade für Einwanderer aus arabisch-islamischen Ländern wird es nahezu unmöglich sein, ihre neue Identität als Deutsche primär ex negativo über Auschwitz und das Dritte Reich zu definieren, wie dies dem offiziellen Staatsverständnis der Bundesrepublik als eines „besseren“, aber auch schuldbewussten Deutschlands doch namentlich in Krisenzeiten weithin entspricht. Was also können wir den Immigranten als positiv besetzte und bis zu einem gewissen Grade auch spezifisch deutsche Identifikationsoption, die es ihnen eines Tages erlauben wird, sich auch – wenn auch nicht ausschließlich – als Deutsche zu sehen, wirklich bieten? Darauf gibt es einstweilen keine Antwort, zumal die ältere deutsche Geschichte heute weitgehend der damnatio memoriae oder der politischen Irrelevanz anheimgefallen ist. Hier müssen neue Antworten erst noch gefunden werden.

Die Alternative zu einer grundsätzlichen Umgestaltung von Gesellschaft und Staatsverständnis im Zuge einer Massenimmigration ist u. a. die Suspension des Schengener Abkommens bis auf unbestimmte Zeit, da dessen Voraussetzungen durch das Verhalten der anderen europäischen Länder und das Scheitern des Dublin III-Abkommens faktisch entfallen sind, und eine radikale Veränderung des für Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge geltenden Rechtes; zumindest des Verfahrensrechtes, zum Teil aber auch des materiellen Rechtes. Ob das Erfolg verspricht, darüber lässt sich streiten, aber wenn nicht, dann bleibt eben nur der andere Weg der ebenso radikalen Umgestaltung von Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Langfristig droht schlimmstenfalls der Übergang zu einer Gesellschaft, die primär durch das Strafrecht und eine sehr robuste, wenn nicht gar brutale Polizei zusammengehalten wird, weil sie über keine konsensfähigen Identifikationsangebote mehr verfügt. Das ist ein Worst-case-Szenario, aber keineswegs ganz auszuschließen. Irgendwie funktionsfähig ist auch eine solche Gesellschaft. Ob das Leben dann für die Masse der Bevölkerung außerhalb der eingezäunten Wohnviertel der wirklich Wohlhabenden sehr angenehm sein wird, steht auf einem anderen Blatt.

Wie viele kommen noch?

Der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), rechnet mit einem Zustrom von rund zehn Millionen Flüchtlingen bis 2020. Gegenüber dem Magazin Focus erläuterte er: „Noch nie hat es in so kurzer Zeit einen so großen Zustrom an Menschen aus anderen Kulturkreisen gegeben, das wird unsere Gesellschaft heraus- und vielleicht auch überfordern.“

Die Tabuisierung funktioniert nicht mehr

Über diese Alternativen muss offen gesprochen werden. Das war bis vor kurzem nicht einmal ansatzweise möglich. Jeder, der auch nur anzudeuten wagte, dass eine ungebremste Einwanderung zahlreiche Probleme mit sich bringe, wurde in aller Regel gnadenlos niedergemacht. Das Motto war, man dürfe die Bevölkerung nicht beunruhigen und den „Populisten“ von rechts keine Munition liefern. Weder durfte man über eine mögliche Verschärfung des Asylrechtes noch über die konsequente Anwendung des bestehenden Rechtes (die von SPD und Grünen auf Länderebene bislang meist standhaft sabotiert wurde) sprechen, noch über den notwendigen Umbau des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes. Diese Themen waren außer in kleineren Expertenkreisen weitgehend tabu. Wer sich an dieses Tabu nicht hielt, über den wurde sofort der Bannfluch ausgesprochen, namentlich in den Talkshows der Republik und in vielen die öffentliche Meinung prägenden Medien. Das hat sich jetzt ein Stück weit geändert, denn die Probleme sind einfach zu sichtbar und zu brisant geworden, und man kann sie nicht mehr komplett totschweigen. Außerdem hat sich der eine oder andere in den Unionsparteien, insbesondere in der CSU, die auf keine Koalitionen in Bayern angewiesen ist, darauf besonnen, dass die vollständige Anpassung an die politischen Ideale der SPD und der Grünen vielleicht doch nicht immer der Weisheit letzter Schluss ist.

Dennoch, wer wirklich Klartext redet in der Flüchtlingskrise, der lebt gefährlich, denn mit Entsetzen erkennen die edel gesinnten oder einfach nur von einem schlechten Gewissen geplagten und politisch naiven „bourgeois bohemiens“ und jene Vordenker einer postmodernen politischen Linken, die sich von der vollständigen Abschaffung der Nationalstaaten und einer grenzenlosen kulturellen Heterogenität der Gesellschaft die Erlösung der Menschheit erhoffen, dass ihnen die Ho-

Der Autor:
Professor Dr. Ronald G. Asch ist Historiker und lehrt an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

heit über den öffentlichen Diskurs, die sie in den vergangenen Jahren nahezu vollständig und ohne jeden Widerstand von der Gegenseite an sich gerissen hatten, zu entgleiten droht.

In ihren Augen ist jeder, der in dieser oder jener Weise für die Begrenzung von Migration plädiert, schon an sich ein Rechtsradikaler. Im festen Vertrauen auf die eigene moralische Überlegenheit sieht man in dem, der anders denkt, keinen Gegner mehr, den es mit der Waffe des Arguments zu besiegen, sondern einen Feind, den es moralisch zu vernichten gilt. Aber der Druck auf Andersdenkende, der hier sichtbar wird, und der implizite Meinungsterror – in letzter Konsequenz geht es oft auch darum –, der in solchen Fällen entfaltet wird, sind noch aus einem anderen Grunde außerordentlich bedenklich, weit über den Einzelfall hinaus. Wenn die Einwanderungskrise sich weiter zuspitzt, und das ist mehr als wahrscheinlich, brauchen wir eine wirkliche Diskussion darüber, welche Handlungsoptionen uns überhaupt noch zur Verfügung stehen. Diese Diskussion muss mit schonungsloser Offenheit geführt werden, denn unabhängig davon, ob man sich endgültig für einen Staat ohne Grenzen entscheidet, wie dies der bisherigen Politik in der Praxis weitgehend entspricht, oder aber nach Möglichkeiten sucht, Zuwanderung zu begrenzen, stehen sehr harte Entscheidungen an.

Wenn Zuwanderung sich als nicht begrenzbar erweist, zum Beispiel auch aus europarechtlichen Gründen, werden, wie bereits angedeutet, harte Verteilungskämpfe unvermeidbar sein, bei denen es etwa um Wohnraum gehen wird, aber auch um Sozialleistungen oder Bildungschancen. Deutschland ist weitgehend ziel- und führungslos, ja mit bewusst geschlossenen Augen in die jetzige Krise hineingeschlittert (der Vergleich zur Eurokrise drängt sich auf), weil es in der Vergangenheit gar nicht möglich war, offen über die anstehenden Probleme zu sprechen, geschweige denn irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Dieser Fehler darf sich jetzt nicht wiederholen.

Die Welt kann nicht mit der Bergpredigt regiert werden

Dabei sollte man sich auch bewusst bleiben, dass die Welt nun einmal nicht mit der Bergpredigt regiert werden kann und dass bei aller Anteilnahme an dem ungeheuren Leid, das die Menschen in Syrien – aber nicht nur dort – heimgesucht hat, wir nur helfen können, wenn wir uns nicht selbst überfordern und klare Prioritäten setzen, in dieser oder jener Weise. Wenn schon diese Überlegung tabuisiert wird, dann hat Deutschland als Staat wirklich keine Zukunft mehr, wird dann aber auch für die EU, deren Kommission immer noch darauf hofft, mit deutschen Steuergeldern die Defizitländer der Eurozone vollständig sanieren zu können, immer mehr zur Belastung werden. Dies würde einer gewissen Ironie nicht entbehren, denn gerade dass die deutsche Politik sich in ihrer Rat- und Hilflosigkeit im Umgang mit essenziellen gesellschaftlichen Problemen Frankreich und Italien angleicht – mögen hier die Probleme auch zum Teil andere sein als bei uns –, also „europäischer“ wird, würde am Ende die EU noch mehr destabilisieren, als dies ohnehin schon der Fall ist, dies kann man schon jetzt voraussagen. Allerdings trüge die EU dann selbst eine Mitschuld an ihrem weiteren Niedergang, denn sie hat den Nationalstaaten, zumindest soweit sie das Schengen-Abkommen unterschrieben haben, letztlich in vielen Bereichen auch die Möglichkeit genommen, eine eigene Einwanderungspolitik zu betreiben – übrigens auch durch einschlägige Regelungen für Flüchtlinge auf EU-Ebene –, ist selbst aber wie sooft noch sehr viel handlungsunfähiger als die Nationalstaaten. Das Chaos, mit dem wir jetzt konfrontiert sind, ist daher auch innerhalb der EU vorprogrammiert gewesen, wird aber letztlich den nationalen Regierungen zugerechnet werden, obwohl sie es nur zum Teil zu verantworten haben, selbst im Falle der wenig umsichtig agierenden Bundesregierung. Das sind eben die üblichen Funktionsmechanismen der EU, eines schon vor seiner Vollendung gescheiterten Superstaates. ■

Medizintourismus:

Zur Behandlung nach **Budapest**

Noch sind sie die absolute Minderheit, Patienten auf der Reise ins nahe europäische Ausland zur Heil- oder Zahnbehandlung. In den kommenden Jahren könnten es mehr werden. Krankenkassen, Praxen und Kliniken richten sich auf steigende Patientenzahlen ein.

Gerade im Dentaltourismus sichert das nach wie vor bestehende Preisgefälle zwischen In- und Ausland ein attraktives Geschäft und bietet sich die Ungarn-Metropole Budapest als beliebtes Ziel an. So hat die Barmer GEK 2014 aus einer Umfrage zum Thema „Dentaltourismus“ ermittelt, dass weniger als zwei Prozent der Befragten Erfahrungen mit dem Einsatz oder der Anfertigung von Zahnersatz im Ausland hatten. Allerdings konnten sich 18 Prozent vorstellen, bei Bedarf für eine Behandlung ins Ausland zu reisen. Die Techniker Krankenkasse (TK) verfolgt seit 2008 kontinuierlich die Wege deutscher Patienten nach Europa anhand ihrer „Europabefragungen“, und zwar in erster Linie für eigene Zwecke. Sie möchte Gründe und soziodemografische Merkmale für die zunehmende Patientenmobilität der eigenen Mitglieder ausloten. Seit Einführung des Festzuschusssystems in der gesetzlichen Krankenversicherung 2005 und seit Inkrafttreten der „Patientenmobilitätsrichtlinie“ 2011 (Kontaktstelle: www-eu-patienten.de) hat das Thema strategisch an Gewicht gewonnen. Speziell diese Richtlinie eröffnet allen EU-Bürgern die Möglichkeit, sich bei rechtsverbindlicher Kostenerstattung und freier Arztwahl in jedem EU-Mitgliedsstaat medizinisch behandeln zu lassen.

Die TK hat inzwischen Konsequenzen aus ihren Mitgliederbefragungen gezogen und ihr Serviceangebot in punkto Beratung verbessert, die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Zahnkliniken und Kureinrichtungen im EU-Ausland über Kooperationsverträge gefestigt. Schließlich zeigten und zeigen sich die TK-Patienten mit den im Ausland erfolgten Behandlungen äußerst zufrieden. Die höchste Zufriedenheit registrierte die jüngste Mitgliederumfrage (2012) bei den Behandlungsergebnissen der Zahnärzte und Kieferorthopäden (85 Prozent).

Die Bundeszahnärztekammer reagierte auf diese Veröffentlichung leicht verschnupft und verwies auf die „beschränkte Aussagekraft der Daten“, da ausschließlich TK-Versicherte befragt worden seien. Allerdings hatte das Institut der Deutschen Zahnärzte in einer 2009 veröffentlichten Studie zum Dentaltourismus ebenfalls festgestellt, dass „die Patienten selbst zunehmend mobiler werden und sich im Ausland mit Zahnersatz versorgen lassen.“

„Medizintourismus“ ist kein Massengeschäft, so werden dennoch die Veränderungen gerade im Segment „Dentaltourismus“ besonders scharf beobachtet. Schließlich geht es um Millionen. Solange die Rechnung aufgemacht werden kann, dass beispielsweise eine Zahnbehandlung in Ungarn bis zur Hälfte günstiger ist als die gleiche Behandlung in Deutschland, könnte eine zunehmende Zahl deutscher Patienten auf den Geschmack kommen und die Reise antreten.

Eszter Jopp, Geschäftsführerin der FirstMed Services in Potsdam und Gründerin von „Zahnklinik-Ungarn.de“ (im Bild links), kennt das Metier seit 1993. Eine Pionierin auf dem Gebiet des Gesundheitstourismus. Die gebürtige Budapesterin und studierte Betriebswirtschaftlerin schnürt mit ihrem Team seit 2006 Komplettangebote vom Heil- und Kostenplan bis zum Behandlungs- und Reiseplan. Auch Jopp spricht von steigenden Patientenzahlen, die sie in ihre Partnerzahnkliniken nach Ungarn vermittelt. Kürzlich hat sie eine Studie zum Thema veröffentlicht, in der 2000 Dentaltouristen aus Deutschland und der Schweiz befragt wurden, warum sie sich für eine Zahnbehandlung in einer der von FirstMed vertretenen Zahnklinik entschieden haben. Die Ergebnisse decken sich im Wesentlichen mit denen aus den TK-Umfragen. An erster Stelle werden die niedrigeren Behandlungskosten genannt, gefolgt von der Zufriedenheit über den guten Service (Terminvergabe/Beratung/Behandlung), und nicht zuletzt die Möglichkeit, die Behandlung mit dem touristischen Angebot vor Ort verbinden zu können.

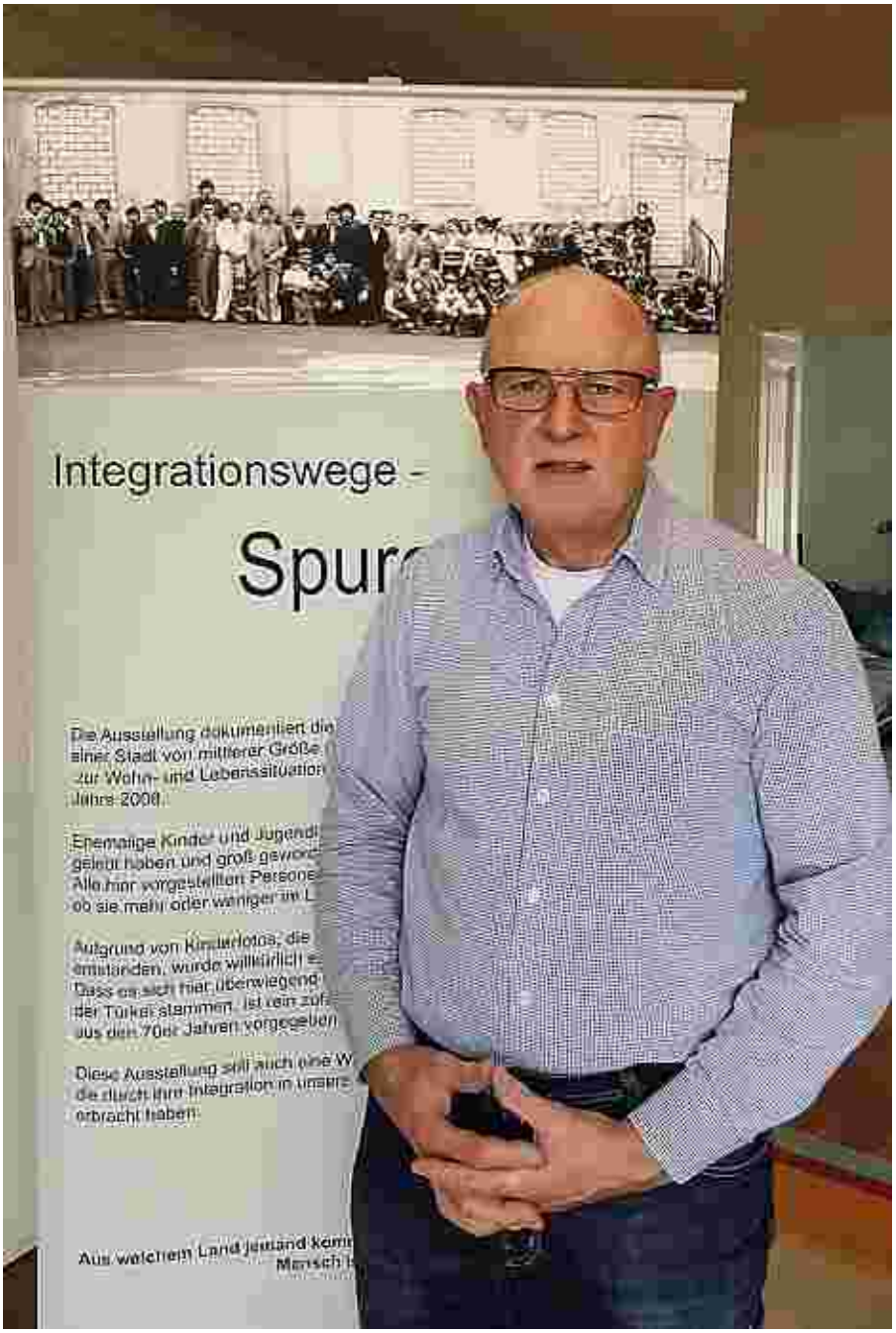
Für die Tourismusbranche in Ungarn sind die Gesundheitsreisenden aus dem deutschsprachigen Raum ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Dr. Adam Ruszinko, stellvertretender Staatssekretär im ungarischen Wirtschaftsministerium, stellte Anfang August auf einem Pressegespräch in Budapest heraus, dass der Medizintourismus in Ungarn mittlerweile rund neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmache, in diesem Segment rund 318.000 Beschäftigte binde und über elf Prozent der Arbeitsplätze im Tourismus sichere. „Wir sind der Marktführer im europäischen Zahntourismus“, so Ruszinko. Der Staatssekretär ließ keine Zweifel aufkommen, dass diese Position auch in Zukunft weiter gepflegt wird. ■

Ingrid Kozanák

Flüchtlingspolitik/Migration:

Vor der Flucht gab`s keinen **Benimm-Kurs**

Der nicht abreißende Zustrom von Flüchtlingen führt Kommunen und ehrenamtliche Helfer an die Belastungsgrenzen. Viele Bürger sind besorgt. Ein Interview mit einem Praktiker, dem dienstältesten Integrationsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, Franz Naber. Er bekleidete dieses Amt in Ratingen von 1974 bis 2007 und erhielt schon 1992 den Theodor-Heuss-Preis „für unermüdlichen Einsatz und Zivilcourage".



Seit 2009 tourt Franz Naber mit einer eigenen Fotoausstellung zum Thema Migranten durch Deutschland.

Von den Flüchtlingen wird eine „Ankommenskultur" erwartet. Was könnte man darunter verstehen?

Naber: Vielleicht ein neues „Unwort". Übersetzt – dankbar sein, abwarten und sich bis zur Klärung des Falles anpassen. Ein bestimmter Prozentsatz hat dies auch immer in der Vergangenheit getan, verbunden mit der Hoffnung auf schnelle Arbeitsaufnahme. Es kommen nicht nur Flüchtlinge, die Angst um ihr Leben hatten. Es kommen zum Teil viele Menschen, die mitschwimmen, die wir hier auch nicht haben wollen. Diese sind es, die für negative Schlagzeilen sorgen. Vor der Flucht gab es natürlich keine Vorbereitung und keinen Kursus in Benimm-Fragen.

Kann man generell davon ausgehen, dass die Asylsuchenden wissen, was sie in Sachen Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Demokratie in Deutschland erwartet?

Nein, ich behaupte, dass die meisten der hier einreisenden Personen andere Probleme haben. Es sind viele Fehler gemacht worden und werden immer noch gemacht. Mangelnde oder gar keine Registrierung bei der Einreise ist dabei der größte. Man muss wissen, wer hier einreist. Es muss klar sein, dass die Freiheit des Einzelnen da aufhört, wo die des Anderen anfängt. Religiöse Toleranz kann man jemandem nicht überstülpen. Das muss wachsen, und hier muss der Kontakt zu den gemäßigten Moschee-Vereinen gesucht werden.

Was dürfte vollkommen neu für Asylsuchende sein?

Das hängt ab von der Bildung, dem Herkunftsland und der entstammenden Kultur. Die meisten Fluchtländer sind stark autoritär geprägt, und die Polizei hat nicht den Slogan „Dein Freund und Helfer". Das

wird von Flüchtlingen oft als Schwäche ausgelegt. Es sind zunächst die kleinen Dinge, die ihnen fremd sind: andere Kleidungsgewohnheiten, riesige Warenangebote, strikte Verkehrsregeln, zum Beispiel als Fußgänger nicht bei Rot zu gehen, andere Toiletten oder die Mülltrennung, um nur einige zu nennen.

Ist eine getrennte Unterbringung bei kritischen Personengruppen sinnvoll?

Natürlich, aber wie soll das gehen? Die Städte sind froh, dass sie die Unterbringung überhaupt stemmen können. Unterbringung in Wohnungen ist die beste und preiswerteste Möglichkeit. Jeder bringt seine Probleme in eine Sammelunterkunft mit. Immer ist eine direkte Kontaktaufnahme wichtig, damit die Flüchtlinge ein „Ventil“ haben. In großen Unterkünften muss es einen ständigen Ansprechpartner geben, denn allein der Bedarf an Informationen ist riesig. Das kostet zwar Geld, alles andere ist aber teurer.

Macht es Sinn, den Menschen eine Art „Gebrauchsanweisung“ an die Hand zu geben, wie Übersetzungen des Grundgesetzes?

Das macht absolut Sinn. Zunächst ist ein mehrsprachiges Heft sinnvoll, in dem alle Fragen alphabetisch beantwortet werden. Diesen Wegweiser für Flüchtlinge und Asylantragsteller haben wir in Ratingen seit vielen Jahren. Ein guter Weg gegen falsche Infos. Wo ist das Ausländeramt, das Arbeitsamt, was heißt illegal und Müllentsorgung? Wichtig ist es klarzustellen, dass hier die Religion nicht über unserem Gesetz steht. Das Grundgesetz haben wir allen Personen an die Hand gegeben, die eingebürgert wurden. Wer glaubt, dass Flüchtlinge mit Existenzängsten unser Grundgesetz als Abendlektüre lesen, ist weltfremd.

Sind auch hier schon lange lebende Bürger mit Migrationshintergrund gefragt, sich zu engagieren?

Das machen sie schon seit vielen Jahren. Zwar nicht in dem Umfang, wie das jetzt vielleicht notwendig wäre, sie haben aber immer ihre Kompetenz eingebracht, und viele sind sehr motiviert. ■

Das Interview führte RP-Redakteur Joachim Preuss in der Rheinischen Post vom 12.10.2015.

Otto Wulff mahnt Solidarität unter Muslimen an!

In der Flüchtlingskrise hat die Senioren-Union mehr Solidarität unter den muslimischen Staaten im Nahen Osten verlangt. In einem „Offenen Brief“ an die Botschafter der sechs Golfstaaten in Berlin forderte der SU-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff eine Öffnung der Grenzen für Asylsuchende durch Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Mit Unverständnis, zunehmend aber auch mit Fassungslosigkeit, nehme die deutsche Öffentlichkeit zur Kenntnis, dass diese Länder keine Veranlassung zeigten, wenigs-tens einem Teil dieser armen Menschen Zuflucht zu gewähren. Wulff wörtlich: „Deutschland und einige wenige andere Länder können nicht allein oder überwiegend die Last tragen. Aber ich bin stolz, sehr stolz sogar, dass mein Vaterland seiner Verantwortung nachkommt, Menschen in Not beizustehen, gleich, welcher Herkunft und welchen Glaubens sie sind.“

25 Jahre Einheit

Abschiebungen:

Ungeliebte Kehrseite

Mit der dramatisch steigenden Zahl an Asylanträgen steigt auch die Zahl der abgelehnten Bewerber. Nach geltendem Recht müssten sie das Land wieder verlassen. Zahlen aus mehreren Bundesländern zeigen jedoch, dass in den vergangenen Jahren nur etwa jeder siebte der davon Betroffenen wieder ausgereist ist oder abgeschoben wurde. In 2014 gab es etwa 200.000 Anträge, aber nur 10.884 Abschiebungen (siehe Tabelle), davon 8557 auf dem Luft-, 2.301 auf dem Land- und 26 auf dem Seeweg. Kritiker monieren angesichts der geringen Zahlen, dass oft der politische Wille fehle, Abschiebungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Dabei sind Abschiebungen grundsätzlich rechtsstaatliche Mittel, um ein geordnetes Asylverfahren sicherzustellen. Die konsequente Anwendung der Rückführungsregeln würde sicherlich die Akzeptanz für das Asylverfahren in der Bevölkerung stärken.

Bundesland	Abschiebungen
Nordrhein-Westfalen	2.929
Baden-Württemberg	1.080
Bayern	1.007
Hessen	829
Niedersachsen	748
Sachsen	635
Sachsen-Anhalt	570
Berlin	541
Hamburg	388
Mecklenburg-Vorpommern	315
Schleswig-Holstein	254
Saarland	243
Thüringen	234
Rheinland-Pfalz	213
Brandenburg	192
Bremen	17
Bundespolizei	689

Quelle: Bundesamt für Migration

Energiewende:

Für **Realismus** und Machbarkeit

25 Jahre Einheit

Ein Gastbeitrag von Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

In wenigen Wochen wird in Paris die 21. Klimakonferenz der Vereinten Nationen beginnen. Zwischen der globalen Klimapolitik und der deutschen Energiewende besteht durchaus eine Wechselwirkung. Klimapolitiker und Klimawissenschaftler, deren Blick über Deutschland hinausgeht – wie etwa der Weltklimarat –, haben nachdrücklich darauf hingewiesen, dass es vier Wege gibt, die Erderwärmung zu begrenzen: Verbesserung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien, Einsatz der Kernkraft und der CCS-Technologie (Anm. der Red.: CCS steht für Carbon Capture and Storage – Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid / CO^2).

In Deutschland haben wir die Kernkraft völlig ausgeschlossen und CCS weitgehend auch. Im Gegenzug setzen wir uns besonders hohe Ziele bei der Energieeffizienz und beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger. Das ist der deutsche Ansatz, den Ausstieg aus der Kernenergie mit der globalen Klimapolitik zu vereinbaren. Es ist ein singuläres Konzept. Niemand sonst hat sich bislang auf diesen Weg eingelassen.

Deutschland nimmt für sich in Anspruch, ein Vorbild für andere beim Klimaschutz zu sein. Und diese Vorbildfunktion ist stets damit begründet, andere motivieren zu wollen, diesem Beispiel zu folgen. Das ist allerdings bislang nicht gelungen – und dafür muss es Gründe geben.

Doch die gesellschaftspolitische Diskussion der Energiewende folgt noch immer eher dem Wünschbaren als dem Machbaren; offene Fragen werden eher ideologiegeleitet als verantwortungsbewusst beantwortet.

Soziale und wirtschaftliche Dimensionen stärker berücksichtigen

Die IG BCE streitet für eine realistische und machbare Energiewende. Nach gewerkschaftlicher Einschätzung ist es dringend erforderlich, dass die Politik künftig die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen energiepolitischer Entscheidungen stärker berücksichtigt.

Die IG BCE wirbt dafür, den Beispielcharakter der Energiewende zu erweitern. Deutschland kann und muss zeigen, dass ambitionierte Klimaschutzziele und Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten zwei Seiten einer Medaille sind. Wenn unser Land wirtschaftlich erfolgreich bleibt und gleichzeitig mit der Innovationskraft seiner Industrie ermöglicht, hochgesteckte europäische Klimaschutzziele zu erreichten, dann werden sich Länder wie China oder Brasilien auch auf diesen Weg einlassen und dem Vorreiter folgen. Das ist unsere Verantwortung in Deutschland, das kann unser großer Beitrag zum globalen Klimaschutz sein.

Im Vergleich dazu ist vollkommen irrelevant, ob wir hierzulande ein wenig früher oder später den CO^2-Ausstoß noch schneller und noch umfangreicher reduzieren, als es andere Länder tun. Das allein beeindruckt offenbar die Welt nicht, und es hat auch keinen nennenswerten Klimaeffekt – bei einem deutschen Anteil an den weltweiten CO^2-Emissionen von kaum 2,5 Prozent.

Deutsche und europäische Klimaziele synchronisieren

In Paris muss es gelingen, endlich wirklich wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung zu verabreden. Europa kann und soll dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Die EU hat ja auch schon beschlossen, ihre CO^2-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Deutschland hat im Übrigen bereits 2007 beschlossen, dieses 40-Prozent-Ziel zehn Jahre früher, also 2020, zu erreichen. Wir sollten das kommende Jahrzehnt nutzen, um deutsche und europäische Klimaschutzziele wieder zu synchronisieren.

Wer stattdessen die Kohle kurz- oder mittelfristig aus dem deutschen Strommarkt nehmen will, um sie durch Erdgas zu ersetzen, der provoziert einen Preisschock, den weder die Industrie noch die privaten Haushalte verkraften können. Die Gesetzgebung zum künftigen Strommarkt muss dem Zielkonflikt zwischen deutschem 40-Prozent-Ziel und deutschem Kernenergieausstieg gerecht werden.

Keinesfalls dürfen steigende Strompreise als unvermeidbar und am Ende sogar gewollt betrachtet werden. Stattdessen ist zu überlegen, welche Alternativen es dazu im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland gibt. In anderen Weltregionen sind die Energiepreise schon heute nennenswert niedriger – besonders in den USA. Über solche Konflikte müssen wir klar und deutlich diskutieren, statt sie in einem vermeintlich großen Konsens über die Energiewende zuzukleistern.

Grundlage für Jobs und Wohlstand

Den gesellschaftlichen Grundkonsens über die Energie-

wende gibt es – und das ist auch gut so. Aber wenn immer mehr Menschen merken, dass die Politik sich vor den Fragen drückt, die eigentlich zu entscheiden wären, dann wird die Akzeptanz der Energiewende abnehmen. Schon jetzt stößt sie schnell an Grenzen, wenn Menschen persönlich von den Folgen betroffen sind.

Der Bundeswirtschaftsminister hat kürzlich ein Weißbuch über den Strommarkt für die Energiewende veröffentlicht. Vieles geht in die richtige Richtung: Der Strommarkt der Zukunft muss zur Energiewende passen. Erforderlich ist eine wirtschaftlich vernünftige und sozial gerechte Energiewende als ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer energieintensiven Industrien. Klargestellt wird weiter, dass förderliche Rahmenbedingungen notwendig sind, damit die Unternehmen und ihre Beschäftigten die Energiewende mit Innovationen zum Erfolg führen.

Begrüßenswert ist insbesondere, dass das Weißbuch bekräftigt: Eine nachhaltige Stromversorgung ist die Grundlage für Jobs und Wohlstand. „Nachhaltig“ versteht die IG BCE als eine langfristig sozial, ökonomisch und ökologisch verträgliche sowie sichere Stromversorgung.

Es wird entscheidend darauf ankommen, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Industrie- und Produktionsstandortes Deutschland zu erhalten und bezahlbare Preise für Endkunden zu gewährleisten. Mit der Gesetzgebung für den Strommarkt muss der Staat sich seiner Verantwortung für die künftige Entwicklung der Energiepreise stellen. Mindestens Preisstabilität für private Haushalte und Industrie ist der Maßstab, den wir sowohl an die Gesetzgebung für den Strommarkt als auch zum Klimaschutz anlegen. Die Gestaltung des Strommarkts hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Energieerzeugung, sondern darüber hinaus auf die Beschäftigungschancen in der gesamten Industrie.

Ein Strommarkt für eine erfolgreiche Energiewende benötigt eine wirtschaftlichere Förderung erneuerbarer Energien. Die Politik muss den weiteren Zuwachs von Strom aus erneuerbaren Energien so beeinflussen, dass sich das Stromsystem dem harmonisch, kostengünstig und ohne große Verwerfungen anpassen kann. Das macht es notwendig, in das bestehende Förderregime einzugreifen.

Zu einem solchen Strommarkt gehört auch die Sicherheitsbereitschaft aus Braunkohlekraftwerken, die die IG BCE statt der Klima-Strafabgabe erfolgreich vorgeschlagen hat. Es wird zusätzliches Geld kosten, neben dem heutigen System von Regelenergie weitere Kraftwerke in Bereitschaft zu halten, um im schlimmsten Fall den Blackout zu verhindern. Aber die Kosten für vier Jahre Laufzeit der Sicherheitsbereitschaft werden unter 1 Milliarde Euro liegen. Das wäre in jedem Jahr weniger als ein Prozent der Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien. Und dort können und müssen wir mehr als ein Prozent sparen.

Verbindliche Absprachen zur Verringerung der Emissionen

Das zentrale Element, um die CO^2-Emissionen der fossilen Kraftwerke zu reduzieren, ist das Emissionshandelssystem der EU. Der Emissionshandel begrenzt unmittelbar durch die gedeckelte Menge der in Umlauf gebrachten Zertifikate die Menge der CO^2-Emissionen auf eine für jedes Jahr festgelegte Zahl. Das waren EU-weit 2005 genau 2,12 Milliarden Tonnen CO^2-Äquivalente, 2013 noch 1,97 Milliarden Tonnen, und das werden 2020 exakt 1,72 Milliarden Tonnen sein. Von 2005 bis 2020 ist das eine Minderung um 21 Prozent. Diesem Emissionshandel unterliegen die Energiewirtschaft und die Industrie. Sie leisten damit einen überproportionalen Beitrag zur CO^2-Minderung. Die anderen Sektoren wie Gebäude und Straßenverkehr müssen ihre CO^2-Emissionen im gleichen Zeitraum europaweit nur um 10 Prozent reduzieren. Wie das Klimaschutzinstrument Emissionshandel über 2020 hinaus in der EU gestaltet wird, das wird uns in diesem Herbst vor und nach der Klimakonferenz von Paris intensiv beschäftigen.

Aber vor allem brauchen wir ein globales System zur Begrenzung der Emissionen. Der Emissionshandel könnte ein solches Instrument sein. Es wäre dringend an der Zeit, dass sich die Pariser Klimakonferenz darüber verbindlich verständigt. In diesem Fall muss das künftige EU-Handelssystem gemeinsam mit den USA, China, Australien und anderen interessierten Ländern aufgebaut werden. Zunächst kommt es also darauf an, das europäische Emissionshandelssystem anschlussfähig an andere Länder zu halten, die so etwas endlich auch entwickeln. In diese Richtung müssen wir auch Instrumente für globale Zusammenarbeit beim Klimaschutz wie Joint Implementation oder Clean Development Mechanism weiterentwickeln und ihre Fehler korrigieren, statt uns mit einem europäischen System abzuschotten.

Die Klimakonferenz in Paris ist nicht irgendeine Tagung, auch keine nachrangige. Nein, in der französischen Hauptstadt müssen globale Weichen gestellt werden. Die Konferenz darf nicht im Ungefähren stecken bleiben, wie dies bislang weitgehend der Fall war. Wir brauchen endlich konkrete Ergebnisse zum Klimaschutz, erforderlich ist ein verbindliches Abkommen. ■

Zukunft der Familie:

Vielfalt statt Niedergang

Zurückgehende Heiratsraten, Scheidungszahlen auf einem hohen Niveau und eine Fertilität unter der Bestandserhaltung haben immer wieder Befürchtungen über einen „Niedergang der Familie" in den Medien groß werden lassen. Auch in der Familienforschung wird die „Zukunft von Ehe und Familie" oft thematisiert.

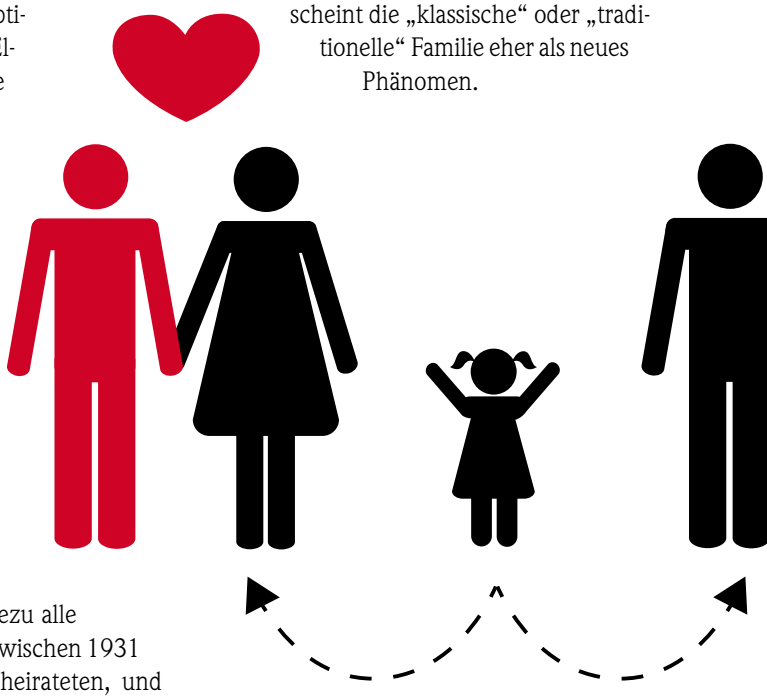
Tatsächlich fanden in den letzten 30 Jahren einige Veränderungen des Begriffs „Familie" in Gesellschaft und Politik statt. Während im klassischen Verständnis „Familie" durch Mutter und Vater, die mit ihren leiblichen Kindern leben, definiert war, verlangt die heutige Realität eine Ausweitung des Begriffs. In der Familienforschung wird unter Familie meist verstanden, dass ein oder zwei Erwachsene mit mindestens einem minderjährigen (oder auch schon erwachsenen) Kind in einem dauerhaften Fürsorgeverhältnis im Haushalt zusammenleben.

Eine Ursache für einen weiteren Familienbegriff liegt in vielfältigeren Familienformen, die von der Bevölkerung in Deutschland gelebt werden. Zunehmend werden Kinder in nichteheliche Lebensgemeinschaften geboren. In 2013 betrug der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder an allen geborenen Kindern in Deutschland 34,8 Prozent, in Westdeutschland 28,9 Prozent und in Ostdeutschland sogar 58,8 Prozent (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015a). Damit sind gerade in Ostdeutschland nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern selbstverständlich. Ein großer Teil dieser Familien wird noch die Ehe schließen, denn unter den Familien mit minderjährigen Kindern sind immer noch die Ehepaare am stärksten verbreitet (70 Prozent in 2013; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015b). Aber auch die Normalität von Trennung hat Folgen für die Familie. Alleinerziehende machen mittlerweile einen Anteil von etwa 20 Prozent an den Familien aus. Stieffamilien bzw. „Patchwork-Familien" kommen durch neue Konstellationen nach Trennung und Scheidung zustande. Darin leben Kinder aus früheren Partnerschaften. Die Anteile dieser Familien an allen Familien werden auf etwa 14 Prozent geschätzt (Steinbach 2008). Das bedeutet, dass – wie bei Adoptionen auch – soziale Eltern nicht unbedingt die biologischen Eltern sein müssen.

Eine wichtige Feststellung ist aber auch folgende: Das Familienverständnis der „klassischen" Familie wurde vor allem in den 1950er und 1960er Jahren geprägt. Diese Jahrzehnte werden auch das „goldene Zeitalter der Ehe" genannt. Nahezu alle der Heiratsfähigen der zwischen 1931 und 1946 Geborenen heirateten, und nur fünf Prozent der Frauen dieser Jahrgänge blieben ledig (Ehmer 2004: 48). Noch nie zuvor war das durchschnittliche Heiratsalter mit 23 Jahren in der BRD so niedrig wie 1970. Um 1870 betrug es für Männer 29 Jahre. Damit stellen die Jahrzehnte von 1950 bis 1980 eine historische Besonderheit für das familiäre Zusammenleben dar.

Die Pluralität, die wir heute in den Familienformen feststellen, gab es bereits im frühen 19. Jahrhundert. Viele Paare lebten damals unehelich zusammen. Das sogenannte „Konkubinat" wurde besonders in ärmeren Schichten selbstverständlich gelebt. Von der Kirche und dem Bürgertum wurde es abgelehnt und kritisiert (Blasius 1992: 86). Gründe für die weite Verbreitung waren auch rechtliche Hürden für eine Heirat. Denn bevor die Ehe geschlossen werden konnte, musste der Unterhalt der Familie sichergestellt sein. Aus diesen Partnerschaften entstanden natürlich auch Kinder. Diese Beschränkungen wurden in weiten Teilen des damaligen Deutschlands erst um 1870 abgeschafft. In Tirol galten die Ehebeschränkungen sogar bis 1921. Als Grund für diese Ehebeschränkungen wurde u.a. die Angst vor einem Bevölkerungswachstum genannt (Ehmer 2004: 64).

Betrachtet man also nicht nur die letzten Jahrzehnte seit dem Ende des 2. Weltkrieges, sondern weitet den Blick, erscheint die „klassische" oder „traditionelle" Familie eher als neues Phänomen.



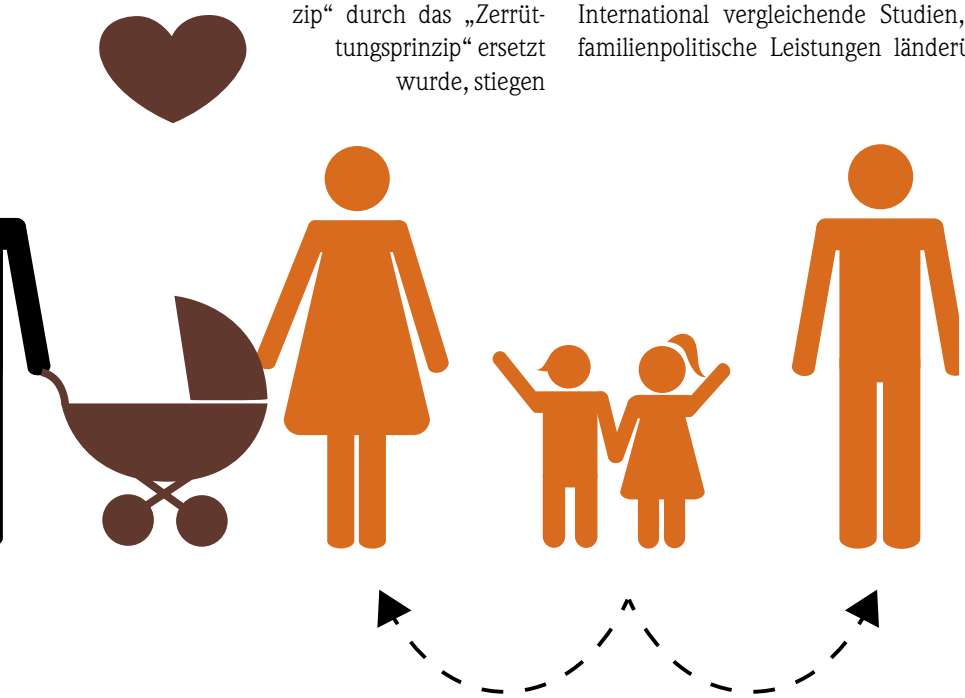
Rolle der Politik

Politik reagiert auf Veränderungen und Entwicklungen der Gesellschaft. Mit Sozial- und Familienpolitik unterstützt sie Menschen in Lebenslagen. Wenn nun neue Familienformen selbstverständlich werden und in diesen Familien Intimität und Verantwortlichkeit gelebt werden (auch in Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern oder Alleinerziehenden), bedeutet das, dass sich die Politik auf diese Veränderungen einstellen muss.

In Deutschland wird das Modell des Familienernährers politisch gefördert, etwa mit dem Ehegattensplitting oder der Familienversicherung. Auch mit anderen Mitteln werden Familien finanziell unterstützt, etwa dem Steuerfreibetrag für Kinder. Dieser ist für Alleinerziehende höher, sodass gerade armutsgefährdete Familien unterstützt werden. Familienpolitik hat u. a. zum Ziel, die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern, gute Bedingungen

für das Aufwachsen von Kindern in der Gesellschaft zu schaffen, die Erfüllung von Kinderwünschen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Um passend auf die Pluralisierungen zu reagieren, ist es wichtig zu berücksichtigen, dass sich die familialen Lebensformen stets verändern.

Jedoch können politische Maßnahmen nur schwer als Ursache für Veränderungen in den familiären Formen gesehen werden. Als 1977 die Eherechtsreform in Kraft trat und damit das „Schuldprinzip“ durch das „Zerrüttungsprinzip“ ersetzt wurde, stiegen die Scheidungszahlen an. Dieser Trend war jedoch nur kurzfristig und durch die Änderung der Verfahrensweise bedingt, mit der Folge, dass sich die Scheidungszahlen wieder stabilisierten. Damit lässt sich ein Effekt auf den Zeitpunkt der Ehescheidung erkennen, nicht jedoch eine langfristige Erhöhung des Niveaus durch die Gesetzesänderung. Seit 2002 steigen die Scheidungszahlen nicht weiter an, sondern gehen sogar wieder etwas zurück. Im Moment wird etwa jede dritte Ehe geschieden (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2015c). Es ist fragwürdig, ob durch politische Interventionen Verhaltensänderungen bewirkt werden können. Ein Thema, das besonders in der Familiensoziologie und Demografie häufig diskutiert wird, ist die Beeinflussung des Geburtenverhaltens durch politische Maßnahmen und Gesetzesänderungen. Normativer Hintergrund dieser Frage ist u. a. die Beobachtung, dass in allen Ländern Europas eine Diskrepanz zwischen der Gesamtfertilitätsrate und der gewünschten Anzahl Kindern besteht. Die Evaluation der familienpolitischen Leistungen in Deutschland zeigt jedoch ernüchternde Ergebnisse bezüglich der Erfüllung von Kinderwünschen: Die nicht kostendeckende Bereitstellung von Kinderbetreuung trägt im Lebenszyklus nur zu 0,2 Kindern pro Frau bei. Auf das Kindergeld und den Kinderfreibetrag sind 0,14 Kinder zurückzuführen. Auf das Elterngeld entfallen 0,12 Kinder und auf die steuerliche Absetzung von Kosten der Kinderbetreuung lediglich 0,02 Kinder (BMF/BMFSFJ 2014). International vergleichende Studien, die familienpolitische Leistungen länderübergreifend vergleichen, finden ähnlich geringe Wirkungen monetärer Leistungen auf die Erfüllung von Kinderwünschen. Am wirkungsvollsten scheinen infrastrukturelle Leistungen zu sein, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern (Engelhardt 2015). Allerdings können diese Geldleistungen durchaus Bedeutung für andere Ziele der Familienpolitik haben, wie beispielsweise die wirtschaftliche Stabilität von Familien oder die Förderung des Wohlergehens von Kindern.



In den neuen Familienformen (nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Familien von Gleichgeschlechtlichen) werden die Funktionen der traditionellen Familie übernommen. Damit ersetzen sie nicht die Ehe mit leiblichen Kindern, sondern ergänzen sie. Traditionelle Familien werden dadurch keineswegs bedroht. Die Rede von einem „Niedergang der Familie“ kann durch familiensoziologische Forschung nicht bestätigt werden. Menschen wünschen sich weiterhin familiäre und dauerhafte intime Beziehungen. Dabei hat auch die Ehe weiterhin, besonders in Westdeutschland, eine hohe Bedeutung. Viele Menschen heiraten nach dem ersten Kind. Was die Veränderungen bedeuten: Familien werden wieder bunter, und die Definition der Familie wird wieder weiter gefasst als in den 1950er und 1960er Jahren. Somit erhalten Familienformen, die teilweise schon in der Vergangenheit selbstverständlich waren, Anerkennung für ihre Erziehungs- und Sorgeleistungen. ■

Literatur

Blasius, Dirk (1992): Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Durchgesehene Ausg., Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag (Geschichte Fischer).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015a): Ehelich bzw. nichtehelich Lebendgeborene und Nichtehelichenquote in Deutschland, 1872 bis 2013. http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_02_ehel_nichtehel_lbdgeb_nichtehelichenquote_d_ab1872.html?nn=3073508, zuletzt aufgerufen am 15.10.2015

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015b): Familien mit minderjährigen Kindern nach Lebensform in Deutschland, 1996 bis 2013. http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/12/Abbildungen/a_12_10_fam_minderj_kind_lebensform_d_ab1996.html?nn=3413586, zuletzt aufgerufen am 15.10.2015

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015c): Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1970 bis 2013. http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/05/Abbildungen/a_05_06_zusgef_ehescheidungsziffer_d_w_o_ab1970.html?nn=3073800, zuletzt aufgerufen am 15.10.2015

Ehmer, Josef (2004): Bevölkerungsgeschichte und historische Demografie, 1800-2000. München: Oldenbourg (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 71)

Engelhardt, H. (2015): Grundlagen der Bevölkerungswissenschaft und Demografie. Im Erscheinen

Steinbach, Anja (2008): Stieffamilien in Deutschland. Ergebnisse des „Generations and Gender Survey“ 2005. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33 (2), S. 153–180

Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. Endbericht. Erstellt durch Prognos.

Die Autorin: **Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler** bekleidet den Lehrstuhl für Demografie an der Universität Bamberg. Sie widmet sich insbesondere der Familienforschung. Henriette Engelhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl.

Krankenversicherung:

Gute Versorgung bis ins hohe Alter?

„Klapprige Rollstühle, undichte Windeln: Weil einige Krankenkassen Verträge mit Billiganbietern schließen, erhalten viele Versicherte nur noch Ramsch!“, schimpfte die Bild-Zeitung vor einigen Wochen. Sparen die Krankenkassen also auf Kosten der Senioren und Behinderten? Christian Zahn vom Verband der Ersatzkassen antwortet auf die Kritik ...

Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle – ob Jung oder Alt, ob Arm oder Reich, ob mit Handicap oder ohne –, dafür steht die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in Deutschland. Rund 193 Milliarden Euro gab die GKV für die Gesundheitsversorgung ihrer Versicherten allein 2014 aus, zehn Milliarden Euro mehr als 2013. Hinzu kommen 23 Milliarden Euro Leistungsausgaben in der Pflegeversicherung. Die sechs Ersatzkassen – Techniker Krankenkasse (TK), BARMER GEK, DAK-Gesundheit, Kaufmännische Krankenkasse – KKH, HEK – Hanseatische Krankenkasse und Handelskrankenkasse (hkk) – tragen hier als größte Kassenart mit mehr als 26 Millionen Versicherten den Löwenanteil.

Wofür die gesetzlichen Krankenkassen wie viel Geld bereitstellen, gibt im Wesentlichen die Politik durch ihre Gesetzgebung vor. Erfreulich aus Sicht der Ersatzkassen: Jüngst sind zahlreiche wichtige Reformen angegangen worden, die insbesondere auch der Gesundheitsversorgung von Senioren und Menschen mit Behinderung zugutekommen. Dies betrifft neben der Krankenversicherung auch die Pflegeversicherung. Durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) wird sich die Situation für demenziell Erkrankte ab dem 1. Januar 2017 deutlich verbessern. Denn bei der Feststellung der Pflegebedürftigkeit werden künftig auch Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (z. B. Demenz) systematisch miteinbezogen. Die Pflegeversicherung wird damit gerechter – seit vielen Jahren eine Forderung der Ersatzkassen.

Auch bei der Pflege im Krankenhausbereich sind ab 2016 bedeutende Verbesserungen möglich. Der Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) sieht vor, dass die GKV im Rahmen eines Pflegestellenförderprogramms von 2016 bis 2018 jährlich 600 Millionen Euro zusätzlich für die „Pflege am Bett“ bereitstellt. Neben dem Pflegestellenförderprogramm fließen ab 2017 pro Jahr weitere 500 Millionen Euro von der GKV in Form eines Pflegezuschlags. Wichtig ist, dass die Mittel der GKV auch wirklich in die Pflege fließen und es zu Aufstockungen beim Personal kommt. Denn insbesondere bei der Pflege von älteren Menschen in Krankenhäusern gibt es Defizite. Der aktuelle Gesetzesentwurf stellt dies allerdings noch nicht sicher.

Durch das jüngst verabschiedete Präventionsgesetz (PrävG) erhöhen die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen ihre finanziellen Zuwendungen für die Prävention

deutlich. So werden die Ausgaben der Krankenkassen von derzeit 3,17 Euro pro Versicherten ab dem Jahr 2016 auf insgesamt 7 Euro pro Versicherten steigen. Zudem stellt die Pflegeversicherung 0,30 Euro pro Versicherten für präventive Maßnahmen in Pflegeheimen zur Verfügung. Andere Akteure im Gesundheitswesen, z. B. Länder, Kommunen und die Private Krankenversicherung (PKV), beteiligen sich an den Fördermitteln übrigens nicht. Damit setzt sich eine Entwicklung der letzten 20 Jahre fort: Die GKV – und allen voran die Ersatzkassen – hatten sich in diesem Zeitraum immer stärker zum dominierenden Akteur im Bereich Prävention entwickelt.

Dass der Gesetzgeber die Versorgung der Versicherten mit den genannten Reformen verbessern will, begrüßen die Ersatzkassen ausdrücklich. Doch muss auch sichergestellt werden, dass die Ausgaben nicht einseitig zu Lasten der Versicherten gehen. Durch das von der Politik beschlossene neue GKV-Finanzierungssystem ist der Arbeitgeberanteil an den Beiträgen für die GKV seit dem 1. Januar 2015 bei 7,3 Prozent eingefroren. Die Folge: Die Krankenkassen können Mehrausgaben nur noch über Zusatzbeitragssätze ausgleichen, die nach der jetzigen Finanzstruktur allein die Versicherten entrichten müssen. Für 2016 hat der GKV-Schätzerkreis bereits eine Steigerung des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes um 0,2 Prozentpunkte auf 1,1 Prozent prognostiziert. Doch der Druck auf die Beitragssätze wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Die Ersatzkassen fordern daher, dass die Arbeitgeber wieder stärker in die Verantwortung für die Beitragssatzentwicklung genommen werden. Ihr Beitragsanteil darf nicht dauerhaft festgeschrieben sein.

Die Ersatzkassen engagieren sich aber auch jenseits dieser gesundheitspolitischen Großprojekte ganz gezielt für die Gesundheit ihrer Versicherten und den Erhalt von Lebensqualität und Mobilität bis ins hohe Alter. Das reicht von Vorsorgeuntersuchungen auf Darm- und Prostatakrebs über die Beteiligung an Modellprojekten im Bereich Pflege bis zur Förderung von speziellen Trainings zur Sturzprävention.

Darüber hinaus bezuschussen die Ersatzkassen Präventionskurse, die sich speziell an Senioren oder Menschen mit Beeinträchtigungen richten. Dazu zählen u. a. Seniorengymnastik und Seniorenyoga. Für bis zu zwei Kurse pro Jahr und Versichertem tragen die Ersatzkassen in der Regel 80 Prozent der Kosten.

Bereits seit den 1980er Jahren sind die Ersatzkassen überdies in der Förderung von Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen aktiv. Allein 2013 brachten sie 16,3 Millionen Euro auf und damit 37,6 Prozent des 43,3 Millionen Euro schweren GKV-Fördertopfs. Damit sind die Ersatzkassen Hauptförderer der Selbsthilfe. Ein erheblicher Anteil der Mittel kommt Gruppen zu, die sich für Menschen mit Behinderung und Alterserkrankungen starkmachen, z. B. in den Bereichen körperliche Behinderung, Diabetes, Parkinson, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Alzheimer und Demenz.

Gezielt auf die Förderung innovativer Ideen und Projekte zur Gesundheitsversorgung in einer älter werdenden Gesellschaft hat der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) schließlich seinen Zukunftspreis ausgerichtet. Seit 2010 sucht und unterstützt der vdek hier besonders wegweisende Ideen und Konzepte. Der Schwerpunkt bei den Preisausschreibungen lag überwiegend auf Versorgungsprojekten für Senioren. Zu den Preisträgern zählen u. a. ein Verein, der sich in der häuslichen Tagespflege engagiert, oder eine Beratungsstelle für Menschen mit Demenz. Auch dies ist ein weiterer Beitrag der Ersatzkassen, um die Gesundheit, Lebensqualität, Selbstbestimmung, Mobilität und Selbstständigkeit ihrer Versicherten bis ins hohe Alter sicherzustellen. ■

Der Autor: **Christian Zahn** ist Verbandsvorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek).

Pflege:

SU-Chef warnt vor „Über-Akademisierung"

Angesichts der ins Stocken geratenen Koalitionsverhandlungen über ein neues Pflegeberufegesetz hat die CDU-Senioren-Union (SU) eine rasche Einigung der Koalition aus Union und SPD über eine dreijährige Basisqualifizierung von Pflegekräften angemahnt. In einer kürzlich in Berlin veröffentlichten Erklärung erinnerte SU-Chef Prof. Dr. Otto Wulff an die entsprechende Vereinbarung der Regierungspartner im Koalitionsvertrag.

Die offenkundigen Missstände in der Pflege duldeten keinen weiteren Aufschub. Die federführenden Ressorts Familie und Gesundheit „stehen hier in der Pflicht", betonte der Vorsitzende der mit 55 000 Mitgliedern zweitgrößten CDU-Bundesvereinigung. Aus Sicht der Senioren-Union sei „nicht nachvollziehbar", dass die SPD einen Anteil von mindestens zehn Prozent Akademikern in der Pflege wolle.

Wulff wörtlich: „Wir brauchen keine künstliche Akademisierung der Pflege. Wir brauchen vor allem engagierte und gut ausgebildete Praktiker im Hinblick darauf, dass mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen von jetzt 2,4 Millionen auf 3,4 Millionen in 15 Jahren gerechnet werden muss. Wer mit einem ordentlichen Hauptschulabschluss eine qualifizierte dreijährige Berufsausbildung als Pflegekraft durchläuft, kann praktisch am Pflegebett mindestens eine genauso gute Arbeit leisten wie ein Bachelor mit seinem umfänglichen Theoriewissen."

Kritik an Souverän und Beilagenwerbung:

Sonntagszeitung in Schieflage

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, an sich ein Qualitätsmedium, hat der Senioren-Union und ihrer Mitgliederzeitschrift am 18.10.2015 fast eine ganze Seite spendiert. Unter der Überschrift „Es ist alles noch viel schlimmer" bezichtigte sie die Souverän zunächst in wenigen Zeilen der Verbreitung von Weltuntergangsstimmung, um dann die eigentliche Kritik zu fokussieren, nämlich auf die Beilagenwerbung der Deutschen Goldmünzengesellschaft. Viele unserer Mitglieder haben den Beitrag in der Sonntagszeitung mit Verwunderung gelesen. Souverän dokumentiert deshalb die Antwort der Senioren-Union in voller Länge.

An den Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Herrn Werner D`Inka
Betrifft: Artikel „Es ist alles noch viel schlimmer" von Friederike Haupt vom 18.10.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
leider haben Sie tatsächlich alles noch viel schlimmer gemacht! Da sollte es vielleicht trösten, dass Sie auf Seite 9 im Politikteil der letzten Ausgabe vom 18.10. gleich ein Sechserpack Cabernet-Sauvignon zu einem „Sensationelle(n) Preis-/Leistungsverhältnis" anbieten zum Vorzugspreis von „nur" 49,95 € statt 94,95 €. Die Qualität der Offerte in ähnlich investigativer Weise zu überprüfen wie Frau Haupt die regionale Werbebeilage des Magazins Souverän der Senioren-Union der CDU Deutschlands, habe ich mir erspart.
Auch werden wir in Souverän nicht in ähnlich diffamierender Weise über die Qualität oder Ausrichtung der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung herziehen, um eine Story konstruieren zu können, die es, was den Nachrichtenwert ihres Beitrags im Politikteil auf Seite 6 betrifft, nicht gäbe, hätte Frau Haupt alle ihr von uns zur Verfügung gestellten Informationen mit der gebotenen journalistischen Sorgfaltspflicht auch verwendet.
Nach dem Beitrag „Risikogruppe Rentner" von Jörg Thomann im Gesellschaftsteil der FAZ vom 13.10. gab es schon erstes Rumoren in unserer Mitgliedschaft und die Aufforderung sich gegen eine solche altersdiskriminierende Berichterstattung zur Wehr zu setzen. Mitglieder bekundeten ihre Enttäuschung über die sich verändernde Qualität der Berichterstattung und die Absicht, das Abo der FAZ und FAZ am Sonntag aufkündigen zu wollen.
Nun also der Artikel von Frau Haupt am Sonntag. Was hat dieser Beitrag im Politikteil zu suchen? Warum wird die Senioren-Union in einer Form vorgeführt (und unser Mitgliedermagazin diffamiert), die erstens unangebracht und zweitens konstruiert ist, um die Story aufzuwerten?
Hätte Frau Haupt z.B. erwähnt, dass wir intern bereits vor ihrer Recherche Kritik an der Werbebeilage erhalten und uns selber sofort mit dem Verlag in Verbindung gesetzt hatten, damit auf die Beschwerden angemessen von Seiten des Verlages reagiert werden konnte, ihr per Mail von uns am 29. September diese Schreiben im Original sogar zugegangen sind, dann wäre die Geschichte ja nur halb so interessant gewesen. Der Weiss-Verlag hatte in der Antwort bereits erhöhte Sorgfalt bei der Auswahl zukünftiger Werbepartner gelobt.
Wir wurden zur willkommenen Rahmenhandlung für die eigentliche Story, die Geschäftspraktik der Deutschen Goldmünzengesellschaft und ihrer fiktiven Vertreter. Wir, unser Bundesvorsitzender, Prof. Dr. Otto Wulff, war z.B. sofort bereit, mit Frau Haupt persönlich zu sprechen. Warum wohl haben wir Ihnen sofort die teils vertraulichen Schriftwechsel über die Beschwerden und die entsprechenden Reaktionen zukommen lassen? Damit willkürlich weggelassen wird, was die Story verwässern könnte, und herausgestellt, was gerade passt. Mit Verlaub, diese manipulative Form von Journalismus ist mehr als fragwürdig und für uns nicht akzeptabel. Im Bereich des Feuilletons hätte man die Form des Beitrages vielleicht noch unterbringen können, nicht aber auf Seite 6 des Politikteils.
Ich hoffe, Sie haben den Wein von Seite 9 verkostet, bevor Sie ihn als vollmundiges Angebot auf Seite 9 platziert hatten. Wir hätten unsere Werbebeilage jedenfalls vorher intensiver unter die Lupe nehmen müssen, auch wenn dies die vertraglich vereinbarte Aufgabe des Verlages ist, sicherzustellen, dass dies mit den Maximen der SU zusammenpasst. Diese Lehre hatten wir aber bereits gezogen. Das passte aber wohl leider nicht in Ihre Story.
Die Mitglieder und gleichzeitigen Leser der FAZ am Sonntag haben uns seither mehr wegen des Beitrages und seiner falschen Darstellung der Senioren-Union und der Diskreditierung des Mitgliedermagazins kontaktiert als wegen der unglücklichen Werbebeilage.
Ich bitte also um eine Reaktion Ihrerseits ,eine Richtigstellung im Blatt, und falls Interesse an wirklichen politischen Themen besteht, können wir auch damit in ausreichendem Maße dienen! Z.B. mit einer sehr erfolgreichen Konferenz in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg aus Anlass des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit
Ich bitte Sie allerdings, die Einleitung mit den Themen Meinungsfreiheit und Pressefreiheit so kurz wie nötig zu halten, diese sind auch die Grundlagen unserer Publikation. Wahrhaftigkeit, Wahrheit und Genretreue dürfen gerne ausführlicher bedacht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Jan Peter Luther
Bundesgeschäftsführer
Senioren-Union der CDU Deutschlands

Nachruf:

Gründungsvorsitzender Gerhard Braun verstorben

Der erste Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Gerhard Braun, ist am 23. Oktober 2015 in seiner Heimatstadt Wermelskirchen im Rheinisch-Bergischen Kreis im Alter von 91 Jahren verstorben. Braun hatte die Senioren-Union als Gründungsvorsitzender vom 20. April 1988 bis 1990 geführt, zuvor war er von 1985 bis 1988 von Helmut Kohl zum Seniorenbeauftragten der CDU berufen worden. Mitglied der CDU wurde er bereits im Jahr 1946. Von 1947 bis 1955 war er Landessekretär der JU Rheinland. Nach seiner Zeit von 1957 bis 1960 als stellvertretender Landesgeschäftsführer wurde er 1961 Landesgeschäftsführer

SU Thüringen:

Rolf Berend wiedergewählt

Der langjährige Thüringer Europaabgeordnete Rolf Berend ist auf der 13. Landesdelegiertenkonferenz im Augustinerkloster in Erfurt erneut zum Landesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU Thüringen gewählt worden. In geheimer Wahl erhielt der 72jährige 100% der abgegebenen Delegiertenstimmen. Berend führt den Thüringer Landesverband als Seniorenchef seit 2009, ist Mitglied im Bundesvorstand und Vertreter Deutschlands im Exekutivkomitee der Europäischen Senioren-Union (ESU) in Brüssel. Nach den Gründen seines seniorenpolitischen Engagements befragt, antwortete er: „Ich möchte meine politischen Erfahrungen in meiner Heimat besonders für die älteren Menschen einbringen und auch Bindeglied sein zu bundesdeutschen und europäischen Institutionen." Mit deutlichen Worten wies er auf die Unverzichtbarkeit der Seniorengeneration in Wirtschaft und Gesellschaft hin. Die Senioren-Union Thüringen ist der mit Abstand stärkste Verband in den neuen Bundesländern. Bundesweit nimmt er den achten Platz ein.

Glückwünsche nach der Wiederwahl an den alten und neuen Landesvorsitzenden Rolf Berend

der CDU Rheinland und blieb dies bis 1966. Mit seiner Tätigkeit in der Landesgeschäftsführung hatte er entscheidenden Anteil an den guten Wahlergebnissen der CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyers und Karl Arnold. Er organisierte die rheinische CDU mit starkem Bezug auf die Vereinigungen, insbesondere die Wirtschaftsvereinigung und die Sozialausschüsse. 28 Jahre, von 1961 bis 1989, war er Mitglied im Rat der Stadt Wermelskirchen, von 1972 bis 1987 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Zeit war er von der ersten Stunde an ein Verfechter der Idee, eine Senioren-Union ins Leben zu rufen. Auch engagierte er sich sehr für ein intensiveres Miteinander von evangelischen und katholischen Christen. Die Senioren-Union ist Gerhard Braun zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Senioren-Union Saarbrücken-Stadt hat in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriebsgräberfürsorge, Landesverband Saar die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges bei Verdun/ Frankreich besucht. Dort scheiterte der deutsche Angriff auf die strategisch bedeutsame Festung von Verdun 1916; er jährt sich im kommenden Jahr zum 100. Mal. Auf dem Ehrenfriedhof für deutsche Soldaten Hautecourt legte die Senioren-Union ein Blumengebinde mit Schleife nieder.

25 Jahre Senioren-Union Brandenburg:

Ehrenurkunde für Freunde aus NRW

Die CDU-Senioren-Union Brandenburg war am 21. September 1990 in Berlin (Ost) gegründet worden. Bis Ende 1993 hatte sich dann in allen 38 Land- und den vier Stadtkreisen sowie in Wittenberge, Schwedt und Angermünde die Senioren-Union konstituiert. Derzeit gehören ihr etwa 600 Personen an. Als „Visitenkarte" der Senioren-Union Brandenburg gilt die Vierteljahresschrift „Report"; bundesweit einzigartig ist die 2002 gestiftete „Ehrenurkunde für Verdienste um die Deutsche Einheit". Es bestehen partnerschaftliche Kontakte zum Landesverband Nordrhein-Westfalen und nach Polen. Zum 25. Geburtstag begrüßte der Landesvorsitzende Ingo Hansen im Potsdamer Seminaris-Hotel prominente Gäste, u.a. den SU-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff, Schatzmeister Heinz Soth und Geschäftsführer Jan Peter Luther; aus dem Partnerverband NRW die stellvertretenden Vorsitzenden Norbert Gönnewicht und Eberhard Bauerdick; aus Mecklenburg-Vorpommern die Vorsitzende Helga Karp. An der Geburtstagsfeier am 10. Oktober nahmen mit Horst Alex und Ulrich Winz auch zwei Mitbegründer des Landesverbandes teil. Ingo Hansen überreichte Norbert Gönnewicht die für Leonhard Kuckart, den NRW-Landesvorsitzenden, bestimmte Ehrenurkunde. Auch Heinz Soth, Geschäftsführer des Partnerverbandes NRW, wurde damit ausgezeichnet. Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ingo Senftleben verglich bei der Veranstaltung die Senioren-Union mit einem Motor, der – angetrieben von der Lebenserfahrung der Älteren – für ein stabiles Band zwischen den Generationen sorgt. Otto Wulff skizzierte die Etappen von Gorbatschows Machtantritt 1985 bis zur deutschen Einheit.

Im Gespräch (v.l.n.r.): Jan Peter Luther, Werner Pahnhenrich (Geschäftsführer Brandenburg), Ingo Hansen und Heinz Soth

Teilnehmer aus Deutschland mit An Hermans (1.v.l.) und Generalsekretär Guido Dumon (4.v.l.).

Nikola Andreev (l.) zeichnete An Hermans und Bernhard Worms aus.

Werteorientiertes Europa bleibt das Ziel

Im Bewusstsein ihrer fortwährenden Verantwortung für ein werteorientiertes Europa beging die Europäische Senioren Union Anfang November ihr 20-jähriges Bestehen. „Continuing the road towards a value driven Europe", lautet das Ziel der ESU. Beherrschendes Thema der Festveranstaltung: die Bewältigung der riesigen Flüchtlingsströme unserer Tage und die Überwindung der schweren Vertrauenskrise europäischer Bürger gegenüber der Politik.

Ein Segment der Berliner Mauer steht seit 2014 vor dem Europäischen Parlament in Brüssel.

Präsidentin em. Prof. Dr. An Hermans (BE) begrüßte unter den Delegierten aus den meisten der 27 Mitgliedsländer zwei Mitbegründer der ESU: die jetzige Ehrenpräsidentin Elisabeth Dispaux (BE) und Dr. Bernhard Worms (DE), der von 2001 bis 2013 als Präsident ihr Vorgänger war. Die Festversammlung gedachte der inzwischen verstorbenen Führungspersönlichkeiten Stefan Knafl, Walter Paul und Wilhelm Mohaupt (alle Österreich) sowie Dr. Hermann Berié (Deutschland) wie auch des Exekutivkomitee-Mitglieds Dr. Norbert Wiggershaus (Baden-Württemberg), als dessen Nachfolger Claus Bernhold begrüßt wurde. Die Präsidentin dankte für jahrelange Mitarbeit den Ehrenpräsidenten Niklas Estgen (LU), Maria Kanellopoulou (GR) und Leif Hallberg (SE), des Weiteren Marilies Flemming (AT) sowie aus unserem Land Ingeborg Uhlenbrock und Ulrich Winz. In Anerkennung ihrer völkerverbindenden Tätigkeit überreichte Vizepräsident Prof. Nikola Andreev (BG) An Hermans und Bernhard Worms die Goldene Medaille am Band der Technischen Universität Sofia.

Die Festversammlung erlebte die Premiere einer Broschüre, in der 18 Lebensbilder von überwiegend ehrenamtlich tätigen Mitstreitern veröffentlicht sind. Diese könnten nach den Worten An Hermans' für den Dialog mit Jüngeren dienlich sein. Der erstmals gezeigte Zehn-Minuten-Film mit dem Titel „My Life – Our Europe" demonstriert am Beispiel von Anne Valliste (Tallinn/EST) die Vielschichtigkeit unseres Kontinents und seiner Bürger. Die Entscheidung, das Jubiläum beim „Ausschuss der Regionen" zu begehen, erwies sich spätestens jetzt als absolut richtig. Dessen Vizechef L. Van den Brande (BE) trat dann in seiner Begrüßungsansprache auch leidenschaftlich dafür ein, die Sorgen der alten und jungen Bürger vor Ort ernst zu nehmen und in einer ihnen verständlichen Sprache zu kommunizieren. Hier sieht er auch die Älteren in der Pflicht. Der EVP-Vorsitzende Joseph Daul (FR) bescheinigte der ESU in seiner Video-Botschaft, „aus ihrer Tätigkeit Nutzen für die ganze EVP" zu ziehen. EU-Kommissarin Marianne Thyssen (BE) erinnerte per Video an die Kriegs- und Fluchterfahrungen vieler Senioren, die sich nun aktuell für die Integration Asylsuchender engagieren, und ermunterte sie zu weiterem Engagement im Sinne der Menschenwürde. Auch Prof. Dr. Steven Van Hecke (BE) sprach sich in einem gestrafften Blick auf die Geschichte der ESU seit dem 7. November 1995 dafür aus, kontinuierlich die Stimme zu erheben „und die Politik zu beeinflussen". Diesem Appell schloss sich Vizepräsidentin Carmen Quintanilla-Barba (ES) an, die ihrem Großvater für sein Drängen zu guter Ausbildung und gesellschaftlicher Aktivität zu Dank verpflichtet ist.

In einer Podiumsdiskussion unter Leitung der Präsidentin äußerten sich Gäste jüngerer Jahrgänge. Eva A. Majewski von der Gruppe junger Abgeordneter im Bundestag „hält nichts davon, sich zurückzulehnen". Die ESU – so die Ehren-Vorsitzende der Europäischen Demokratischen Studenten – habe Seniorenpolitik „zur europäischen Politik gemacht". Sie regte an, in die EVP nach deutschem Vorbild einen „Tag der Vereinigungen" einzuführen. Lawrence

Ganz nah bei meiner Familie

Draußen ist es grau, und das Schmuddelwetter hält viele von uns davon ab, einen Spaziergang zu unternehmen. Viel lieber kuschelt man sich auf das heimische Sofa und surft auf einer der Lieblingsseiten im Internet, schaut eine neue Folge der beliebtesten Serie und lässt sich per Videotelefonie von der Enkelin das neue WG-Zimmer zeigen. Doch halt! Im Internet surfen? Serien ansehen, wann immer Sie es möchten? Und Videotelefonie?! Ist das für Sie tatsächlich noch Neuland?

Dass sich zunehmend auch ältere Menschen auf das Abenteuer Internet einlassen, zeigen die Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie. Für mehr als ein Viertel der ab 60-Jährigen ist das Internet bereits heute ein täglicher Begleiter. Die Autoren der Studie bescheinigen der Generation der ab 60-Jährigen einen „sehr pragmatischen Umgang mit dem Internet. Ihre zwischenmenschliche Kommunikation beschränkt sich weitestgehend auf das Senden und Empfangen von E-Mails.“ Nur die wenigsten verwenden Anwendungen für den Austausch von Textnachrichten wie WhatsApp. Das liegt zum einen an einer größeren Scheu, die ältere Menschen häufig technischen Neuerungen entgegenbringen. Zum anderen jedoch kann es auf den Mangel an geeigneten Geräten für die anspruchsvolle Generation 60+ zurückgeführt werden. So soll sich die Technik intuitiv erschließen, übersichtlich und modern sein. Ergeben sich doch Fragen, wäre es schön, wenn die Enkel auch aus der Ferne helfen können, und schließlich darf äußerlich keinesfalls erkennbar sein, dass es sich um ein besonderes Gerät handelt – schließlich will man nicht zum „alten Eisen“ gehören.

Ziemlich hohe Ansprüche – aber keinesfalls unmöglich. Das asina Tablet bietet all das und ermöglicht Einsteigern unbeschwerte Ausflüge durchs Internet – direkt vom Sofa aus! Mit Videotelefonie und Serien, wann immer Sie sie sehen wollen. Haben Sie Lust bekommen, sich selbst auf den Weg ins Internet zu machen? Sicherlich freuen sich Ihre Kinder und Enkel, wenn Sie über die modernen Kommunikationskanäle erreichbar sein werden. ■

www.asina-tablet.de

Quelle: Frees, B. & Koch, W. (2015): Internetnutzung: Frequenz und Vielfalt nehmen in allen Altersgruppen zu. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie. Mediaperspektiven 9/2015, S. 366-377. http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie_2015/0915_Frees_Koch.pdf

Cappelle, Büroleiter der EU-CDA in Brüssel, sprach sich dafür aus, „alle Talente und Potenzen an Bord zu nehmen“. Marilyn Neven von „Idea International“ schließlich hält es für nötig, „an der Demokratie ständig zu arbeiten“ und mehr Jugendliche an die Wahlurnen zu bringen.

Mit einer Überraschung wartete Dr. Bernhard Worms auf: Er teilte mit, dass die von ESU und Dr. Helmut Kohl 2005 gegründete Stiftung „Helmut-Kohl-Ehrennadel in Gold“ mit Zustimmung des Altkanzlers in die gemeinnützige Stiftung „Jugend und Senioren für Europa“ umgewandelt wurde, deren Sitz Luxemburg bleiben wird. ■

Ulrich Winz

(Detaillierte Berichte siehe auch „SENIOR INTERNATIONAL“, Newsletter der ESU, zu beziehen durch ulrich.winz@web.de)

Skype · Internet · WhatsApp · E-Mail

Sie haben Fragen zum asina Tablet? Rufen Sie uns an! Wir sind für Sie da!
Telefon +49 (0) 351 - 219 71 444 · E-Mail info@asina-tablet.de

www.asina-tablet.de

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Flüchtlingspolitik: Das System steht vor dem Kollaps

Zur Souverän 3-2015, S. 8 ff

In der letzten Zeit hat sich die Flüchtlingssituation ganz dramatisch verschlechtert, sodass es schon berechtigt sein wird, sich die bange Frage zu stellen, wie und wo das ganze Drama einmal enden wird. … Die Bürgerkriege in Syrien rauben immer mehr Menschen ihre Heimat und ihre Existenzgrundlage. Die syrische Währung hat inzwischen 90 Prozent ihres Wertes verloren, und annähernd weitere 90 Prozent der Menschen leben unter der nationalen Armutsgrenze. Niemals in der Geschichte gab es wohl so große Flüchtlingsströme, wie in der momentanen Zeit. Es stellt sich schon die bange Frage, wie und in welcher Form sich diese Einwanderungsprozesse stemmen lassen werden. Nicht zu unterschätzen ist einerseits der Ruf nach Fachkräften bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, doch andererseits ist es auch nicht zu verkennen, dass ein Großteil der Flüchtlinge und der Asyl suchenden Menschen zunächst erst einmal entsprechend ausgebildet werden muss.

Richtet man einen Blick zurück in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so kamen damals die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten aus einem ganz anderen Grund zu uns in den Westen. Sie mussten ihre Heimat infolge des Krieges und der politischen Verfolgung sowie des Drucks der heranrückenden russischen Kriegsarmeen verlassen. Diese Flüchtlingsströme setzten sich damals überwiegend aus Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit zusammen, und die heute in unser Land strömenden Menschen entstammen grundlegend ganz anderen und grundverschiedenen Nationalitäten. Die massenhafte Abwanderung aus den verschiedensten Ländern ist nicht vergleichbar mit der Flucht und Vertreibung der deutschen Bewohner aus den ehemals deutschen Ostgebieten.

Bei allem Verständnis und Mitgefühl für die heutigen Flüchtlinge, die inzwischen massenhaft ihre Heimat verlassen, kann es doch nachhaltig nicht angehen, dass wir derartig große Flüchtlingsströme in unserem Land aufnehmen. Gleichzeitig droht die Gefahr, dass sich ganze Volksstämme auflösen. Neben der Frage der Beschäftigung und der alles umfassenden Versorgung bleibt auch das babylonische Sprachgewirr zu befürchten. Es müssen dringend weitere Ursachenforschungen betrieben und alsdann tragbare Lösungen erarbeitet werden, mit dem Ziel, dass diese Menschen in ihren angestammten Heimatländern eine auskömmliche Bleibe und ein menschenwürdiges Leben finden werden.

Albert H. Hoffmann, 59755 Arnsberg-Müschede

Zuerst einmal herzlichen Dank für die offene Berichterstattung Ihrer Artikel. Auch wir als Laien und viele Bürger, mit denen wir uns austauschen, sind der gleichen Meinung. Wir sind sehr für die Unterstützung der Kriegsflüchtlinge und tun es finanziell auch selbst. Wenn man die fürchterlichen Bilder im Fernsehen sieht, kommt der Gedanke, warum fliehen junge Männer, statt ihre Heimat zu verteidigen. Man kann sie als Soldaten ausbilden und nicht warten, bis Bundeswehr und andere Truppen dies tun. Warum werden die Balkanflüchtlinge nicht schneller abgeschoben? Wer hier ist, bleibt auch hier, denn nur ganz wenige werden in ihr Heimatland zurückgeführt. Zum Islam: Hoffentlich kommt bald ein Gesetz, das das Tragen einer Burka verbietet. Wir sind in einem christlichen Land, und alle Menschen, die zu uns kommen, müssen sich unserer Kultur unterordnen, denn wir haben langsam das Gefühl, dass Frau Dr. Merkel ein anderes Deutschland will. Wenn sie so weitermacht, könnte es sein, dass sie nicht mehr gewählt wird. Wir sind über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung so verärgert, dass wir aus der CDU ausgetreten sind.

Gisela und Wolfgang Busch, 34233 Fuldatal

Wer sich heute bei uns händeringend über die scheinbare Grenzenlosigkeit der Flüchtlingslawine beklagt, der muss auch bereit sein, die Ursachen der Katastrophe zu beseitigen. Zu den für uns wichtigsten Flüchtlingsquellen zählt unbestritten der Bürgerkrieg in Syrien, vor allem das Wüten der fanatisierten Mörderbanden des „Islamischen Staates". Dieser Krieg hat die Menschen entwurzelt, er hat sie über Jahre gezwungen, in Flüchtlingslagern von Großstadtformat zu hausen, und er hat sie schließlich zur Flucht in den Westen veranlasst.

Diesem Teufelskreis muss ein Ende gesetzt werden. Das ist die verbreitete Auffassung der Bürgerinnen und Bürger, mit denen wir als Senioren-Union im Gespräch sind. Für Deutschland ist nun von allergrößtem Interesse, wie sich die Europäische Union und die NATO in diesem Konflikt positionieren. Halten sie sich „vornehm" raus, dann bleiben uns die Zuschauerbank und die Bezahlung der schier endlosen Rechnungen, die uns mit der dem Krieg geschuldeten Flüchtlingskatastrophe vorgelegt werden. Mischen wir uns ein, um dem furchtbaren Gemetzel in Syrien möglichst rasch ein Ende zu bereiten, dann werden wir Farbe bekennen müssen. Dann wird Frau von der Leyen offenbaren müssen, dass sich unsere militärischen Mittel dank der seit Jahren bejubelten Minimierung der Bundeswehr im Vergleich zu unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geradezu bescheiden ausnehmen. Die Rechnungen werden wir allerdings auch in diesem Fall begleichen müssen, aber wir wären immerhin dabei, der Migrationskatastrophe Einhalt zu gebieten und den bei uns angekommenen Flüchtlingen wieder eine Zukunft im Land ihrer Väter zu erschließen.

Um der Wahrheit willen bleiben leider wenigstens noch zwei Fragen offen, die unsympathisch sind, die uns unsympathisch erscheinen lassen, die bisher keiner stellt und deren Antworten uns deshalb vorenthalten werden. Zum Ersten: Wo ist das Ende der Flüchtlingsströme ,oder gibt es gar keins? Zweitens: Wie stellen wir uns das vor, Rückführungen in Größenordnung konsequent durchzusetzen? Wie soll das gehen, und mit welchen Mitteln wollen wir das zuwege bringen? Solange das Kanzleramt dafür keine plausiblen Antworten hat, werden wir wohl auf eine „Rede an die Nation" warten müssen, ganz nebenbei be-

„merkelt“. Indes: Die Geduld der Leute hat Grenzen. Sie wollen mitgenommen werden.
Evelyn Behlau, Bernd Knoch, Manfred Leitner, SU-Kreisverband Märkisch-Oderland

Da reibt man sich ja schon verwundert die Augen, wenn man die Seiten 6 und 8 - 15 gelesen hat. Wie kommen diese kritischen Artikel in ein CDU-Organ? Wenn man diese Inhalte mit der Politik der Kanzlerin vergleicht – welch ein Unterschied! Vielleicht sollte Frau Merkel mal in den „Souverän” schauen und ihr weiteres Handeln ein wenig danach ausrichten. Oder ist sie „beratungsresistent”?
Siegfried Gollan,
33813 Oerlinghausen

Ich lese seit einiger Zeit mit Interesse Ihre Zeitschrift bei meinen Eltern und bin sehr angenehm überrascht, wie Sie einige Themen vorstellen und besprechen und dass Sie nach meinem Empfinden auch von der „Parteilinie” abweichen. Es freut mich, dass Sie in der Ausgabe Nr. 3 bspw. Fr. Ahadi zu Wort kommen lassen, um auf eine gefährliche Ideologie hinzuweisen und falsch verstandene Toleranz zu hinterfragen.
Ich bin froh, dass Sie das Bargeld weiterhin nutzen wollen, und schätze auch die offenen Worte von Herrn Dr. Heinisch zu der Problematik mit all den Geflüchteten. Ich möchte Sie ermuntern, Ihre pragmatische und und ieologische Sicht, die Sie in Ihrer Zeitung publizieren, um der Themen willen auch in die sehr weit „nach links gerückte” CDU zu tragen. Vielleicht wird auf die Vernunft der Senioren gehört.
Andreas R. Niepel, 31515 Wunstorf

Mit Genugtuung habe ich das Interview zwischen Souverän und Frau Ahadi gelesen. Ich bewundere ihren Mut, sich so offen gegen den Islam, oder genauer gesagt, gegen die Islamisierung, auszusprechen. Der Redaktion möchte ich meinen Dank aussprechen, die gleichermaßen mutig war, dieses Interview zu drucken. In Großbritannien und auch Schweden, wo die Islamisierung schon weit fortgeschritten ist, hätten die muslimischen Verbände sofort dagegen protestiert und Gegenmaßnahmen angekündigt. Unsere Politiker sind wirklich blauäugig.
H. Küper, 47441 Moers

Notruf einer Polizistin

Diese junge Frau hat Mut. Weil sie ein Problem artikuliert, das von Politik und Gesellschaft gerne verdrängt wird: die zunehmende Aggression gegenüber Ordnungshütern, besonders durch bestimmte Gruppen von Einwanderern. Tania Kambouri schilderte die Erlebnisse mit straffälligen Einwanderern auf Streifenfahrt im Ruhrgebiet zunächst in einem Brandbrief im Herbst 2013 an die Redaktion der Gewerkschaftszeitschrift „Deutsche Polizei“ und löste mit diesem schonungslosen Hilferuf unerwartet starken Zuspruch der Kollegen aus. Ihre Sorge: „Wie sieht die Zukunft in Deutschland aus, wenn straffällige Migranten sich weigern, die Regeln in ihrem Gast- bzw. Heimatland zu akzeptieren?“ Kambouri, selbst Tochter griechischer Eltern und Ordnungshüterin mit ganzem Herzen, beklagte sich vor allem über Muslime, die nicht den geringsten Respekt vor der Polizei hätten. Das Echo der Kollegen ermutigte sie, ihre Erlebnisse zu einem Buch zu verarbeiten, das seit Oktober vorliegt. Darin schildert sie den immer ungemütlicheren Alltag von Streifenpolizisten, die sich hilflos fühlen gegenüber Respektlosigkeit, Beleidigungen und nicht selten sogar offenem Widerstand. Die Öffentlichkeit hat sie eigentlich nicht gesucht, doch möchte sie „auf Probleme aufmerksam machen, damit sich etwas ändert“. Gegenüber der FAZ sagte sie: „Ich möchte etwas Positives für dieses Land erreichen, möchte, dass Politiker und Justiz sich Gedanken machen, damit nicht alles schlimmer wird.“ Ihre inhaltlichen Leitfiguren dabei sind der ehemalige SPD-Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, und die Jugendrichterin Kirsten Heisig, die ihrem Leben im Juni 2010 offenbar selbst ein Ende setzte. Mit Rechtspopulismus jedenfalls hat dieses Buch nichts zu tun …
Tania Kambouri: Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin, Piper-Verlag, München 2015, ISBN 978-3-492-06024-0, 224 Seiten, 14,99 Euro

Berlin 1945/46

Cecil F. S. Newman (1914-1984) kam im Juli 1945 mit den Royal Engineers, der Pioniertruppe der britischen Armee, in die Trümmerstadt Berlin. Er war als Ingenieur an der Wiederherstellung der Infrastruktur beteiligt. Dabei fotografierte und dokumentierte Newman die Zerstörungen der Stadt und immer wieder auch die Menschen, die

er kennenlernte. Seine Bilder führen die furchtbaren Folgen des Krieges vor Augen, von denen heute für die Nachgeborenen kaum mehr Spuren wahrnehmbar sind. Jedoch künden seine eindringlichen Porträts auch von der Zuversicht der jüngeren Generation, die die Stadt wieder aufbaute. Seine Tochter übergab die fotografische Sammlung ihres Vaters dem Berliner Stadtmuseum, daraus entstand ein beeindruckender Bildband.
Stiftung Stadtmuseum Berlin (Hrsg.): Berlin 1945/46 – Fotografien von Cecil F.S. Newman, erschienen: Juli 2015, ISBN 978-3-89479-948-9, 128 Seiten, 16,95 Euro

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!

SCHLOSSHOTEL OTH ★★★★

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900

Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:
Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:
7 NÄCHTE inkl. Frühstück bis 11 Uhr **€398,-**
Einzelzimmerzuschlag 100,-

Gleich Infos anfordern!

Verlangen Sie doch unverbindlich unseren Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!
Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**